

**DISCOURSES ON POLITICAL REFORM AND DEMOCRATIZATION IN
EAST AND SOUTHEAST ASIA IN THE LIGHT OF NEW PROCESSES OF
REGIONAL COMMUNITY BUILDING**

Project Discussion Paper No. 1/2000

**Politische Reform- und Demokratisierungsdiskurse im
Lichte neuer Prozesse regionaler Gemeinschaftsbildung**

**Discourses on Political Reform and Democratization in the Light
of New Processes of Regional Community-Building**

Claudia Derichs and Thomas Heberer

The project is funded by the "Deutsche Forschungsgemeinschaft" (DFG). The discussion papers published in this series are edited by Claudia Derichs and Thomas Heberer

**Institut für Ostasienwissenschaften (Institute for East Asian Studies/ East Asian Politics)
Gerhard-Mercator-University Duisburg
D-47048 Duisburg, Germany**

Tel.: +49 203 379-3728

Fax: +49 203 379-3729

E-mail: heberer@uni-duisburg.de

**© by the authors
June 2000**

Preface to the Paper Series

The present discussion paper series of the Institute of East Asian Studies accompanies a research project entitled *Political Discourses on Reform and Democratisation in Light of New Processes of Regional Community-Building*. The project is funded by the Deutsche Forschungsgemeinschaft and supervised by Thomas Heberer.

The central topic of interest is, as the title of the project suggests, the influence exerted on the political reform process by political discourse. The papers published in this series address the public political discussion at the national as well as the transnational, regional level. Accordingly, the papers display a variety of discourses that have emerged in different countries and centre round different political issues. Contributions from authors of the region are particularly welcome, because they reflect an authentic view of the political discussion within the local public. By integrating and encouraging the local voices, the project team intends to compile a collection of papers that document some important debates and states of the research process.

The current political discourses in East Asia are primarily analysed in case studies of two authoritarian states (China, Vietnam), a multi-ethnic, formally democratic state with strong authoritarian features (Malaysia), and a democratic state with significant parochial structures and patterns of behaviour (Japan). In addition to these case studies, contributions from and on other countries of the region are included to provide a broad scope of comparable discourses.

While Claudia Derichs and Thomas Heberer are the editors of the paper series, a project team of eight members conducts field work in East Asia and brings forth regular proceedings. Research reports other than discussion papers shall be published in refereed journals and magazines. Detailed proceedings leading to the final results of the research project will be published as a book. The project team is composed of research fellows associated with the Chair for East Asian Politics at the Gerhard Mercator University of Duisburg. The team members are: Karin Adelsberger (area: Japan); Claudia Derichs, Ph.D. (Malaysia, Japan); Lun Du, Ph.D. (China); Prof. Thomas Heberer, Ph.D. (China, Vietnam); Bong-Ki Kim, Ph.D. (South Korea); Patrick Raszelenberg (Vietnam); Nora Sausmikat (China); and Anja Senz (China).

Paper No. 1 of the series provides a detailed idea of the theoretical and methodological setting of the project. Each discussion paper of the present series can be downloaded from the university server, using the following URL: <http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/Publikationen/orangereihe.html>. Suggestions and comments on the papers are welcome at any time.

Duisburg, June 2000

Claudia Derichs and Thomas Heberer

Inhalt/Content

I. POLITISCHE REFORM- UND DEMOKRATISIERUNGSDISKURSE IM LICHT NEUER PROZESSE REGIONALER GEMEINSCHAFTSBILDUNG	1
1 Zusammenfassung	1
2 Hintergrund der Fragestellung	1
3 Diskurse in einzelnen Ländern	3
3.1 China	3
3.2 Vietnam	7
3.3 Japan	8
3.4 Malaysia	10
4 Regionale Gemeinsamkeiten und transnationale Prozesse im Demokratisierungsdiskurs	12
5 Zielsetzungen des Forschungsprojektes	18
6 Methodik	20
7 Forschungsstand	21
II. DISCOURSES ON POLITICAL REFORM AND DEMOCRATIZATION IN THE LIGHT OF NEW PROCESSES OF REGIONAL COMMUNITY-BUILDING (ENGLISH SUMMARY)	24
1 Summary	24
2 Discourse in Four Countries	24
3 Background of the Research Design	29
4 Regional Similarities and Transnational Processes in the Discourse on Democratization	30
5 Research Objectives	31

POLITISCHE REFORM- UND DEMOKRATISIERUNGSDISKURSE IM LICHT NEUER PROZESSE REGIONALER GEMEINSCHAFTSBILDUNG¹

Claudia Derichs und Thomas Heberer

1 Zusammenfassung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien besitzt über die ökonomische Dimension hinaus eine politische Dimension. Sie hat nämlich in nahezu allen Ländern Ost- und Südasiens eine Auseinandersetzung und einen Diskurs über die politischen Ursachen der Krise und damit über die Zukunft der politischen Strukturen und Systeme in Gang gesetzt. Zwar scheint die Diskussion in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich zu verlaufen, gleichwohl lassen sich anfängliche transnationale Prozesse und Diskussionszusammenhänge erkennen.

Als Teilprojekt eines umfassenderen, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsvorhabens mit der Politikwissenschaft, Sinologie, Japanologie, Soziologie und Ethnologie an der Universität Trier unter dem Titel "Asiatisierung Asiens?" hat sich das vorliegende Projekt unter Leitung von Thomas Heberer an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg folgende Ziele gesetzt:

- Die politischen Zukunftsentwürfe seit Mitte der 90er Jahre aufzuarbeiten und zu analysieren, wobei drei Ebenen untersucht werden sollen: (a) Ebene der politischen Elite; (b) Ebene der intellektuellen Elite; (c) Ebene der NGOs.
- Untersuchung des Einflusses der Diskursebene auf die Umgestaltung politischer Strukturen.
- Untersuchung, ob eine zweite "asiatische Wertedebatte" auf Grundlage demokratieorientierter Werte entsteht bzw. entstanden ist.
- Analyse, inwieweit es sich bei den Diskursvorstellungen um vermeintlich "asiatische", "westliche" oder synkretistische Konzepte handelt.
- Klärung der Frage, inwieweit der Diskurs zu einem über die frühere "Wertedebatte" hinausgehenden Diskurs in der Region beiträgt und sich neue Merkmale einer gemeinsamen, stärker von Demokratiemomenten geprägten Identität herausbilden.

Dies soll am Beispiel zweier autoritärer Staaten (China, Vietnam), eines multi-ethnischen, formaldemokratischen Staates mit starken autoritären Zügen (Malaysia) sowie eines demokratischen Staates mit signifikanten parochialen Strukturen und Verhaltensmustern (Japan) untersucht werden.

2 Hintergrund der Fragestellung

Die "Asienkrise" wurde zunächst weitgehend als rein ökonomische Krise rezipiert, mit negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Das westliche Entwicklungs-, Wirtschafts- und Politikmodell schien zum zweiten Mal - nach dem Ende des Ost-West-Konflikts - seine Superiorität bewiesen zu haben: das zweite "Ende der Geschichte"?

Die im Westen geführte Debatte über die "Asienkrise" übersah zunächst die politische Dimension der Krise: den politischen Push-Effekt. Zugleich wurde davon gesprochen, dass das

¹ Sabine Jakobi danken wir für viele wichtige Anregungen und Hinweise, Patrick Raszelenberg für die Übersetzung der englischen Summary.

"asiatische Politikmodell" gescheitert sei, weniger aber davon, dass nun auch die Chance zur Schaffung eines neuen "Modells" besteht. Die politischen Veränderungen in Indonesien (Sturz Suhartos) und in Thailand (Verabschiedung einer neuen, demokratischen Verfassung) sowie die regionale Diskussion über die p o l i t i s c h e n Ursachen der Asienkrise (Korruption, mangelnde demokratische Kontrolle und Transparenz) haben in fast allen Ländern der Region einen anderen Effekt provoziert oder zumindest begünstigt: eine Auseinandersetzung über die Zukunft der politischen Strukturen und Systeme der Region Ost- und Südostasien.² Dies mag in Indonesien und mit dem Sturz Suhartos am augenfälligsten sein, betrifft aber ebenso die anderen Länder der Region.

Inzwischen haben sich die meisten Länder Ost- und Südasiens von der Wirtschafts- und Finanzkrise ("Asienkrise") erstaunlich rasch erholt. Parallel zu diesem Erholungsprozess fand in fast allen Ländern ein erstaunlicher politischer Wandel statt, dessen Effekte erst in jüngster Zeit deutlichere Konturen annehmen. Herausragende Beispiele sind Thailand und Taiwan. In Thailand wurden im Zuge der Realisierung der neuen Verfassung unabhängige Institutionen geschaffen, die Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen beginnen. Eine Anti-Korruptionskommission hat Ende März den Innenminister wegen Fälschung von Dokumenten zu Fall gebracht. In den sieben Jahrzehnten zuvor war nur ein einziger Politiker wegen Korruption bestraft worden. Anfang März 2000 hatte die Wahlkommission bereits die Wahl von 78 Kandidaten für den Senat aufgrund von Wahlfälschungen für ungültig erklärt. In 35 Provinzen wurden daraufhin Neuwahlen angeordnet.³ In Taiwan fand mit der Abwahl der seit 1949 herrschenden *Guomindang* und der Wahl eines Präsidenten aus den Reihen der mächtigsten Oppositionspartei (Demokratische Fortschrittspartei) erstmals ein demokratischer, gewaltloser Machtwechsel statt. Zu Recht hat der neue Präsident Chen Shui-bian in seiner Antrittsrede darauf hingewiesen, dass die Wahlen weniger den Sieg einer Partei symbolisieren als den Sieg der Demokratie schlechthin.⁴

Anlass zu Optimismus gibt auch die Entwicklung in Südkorea, in Indonesien und auf den Philippinen. Doch nicht nur in Indonesien bleibt viel zu tun. Ohne einen Prozess der Aufarbeitung historischer Traumata und ohne dass die Verantwortlichen der Massaker in Ost-Timor, Ambon, Aceh und in anderen Regionen zur Rechenschaft gezogen werden, wird kein Friede einkehren. Vielmehr wird sich dann auf Dauer die Gefahr nationalen Zerfalls verstärken. Auch in Südkorea bedarf es einer Vertiefung des Demokratisierungsprozesses. Zwar verfügt das Land heute über die erforderlichen demokratischen Institutionen, das Verhalten seines Präsidenten Kim Dae Jung erinnert allerdings noch immer an das seiner autoritären Vorgänger: Das Recht wird genutzt, um politische Gegner oder kritische Pressestimmen auszuschalten. So wurden eine Reihe oppositioneller Politiker und kritischer Stimmen, u.a. der Herausgeber der zweitgrößten Tageszeitung *Joong-Ang Ilbo*, die zu den wichtigsten Kritikern der Regierung zählt, wegen Steuervergehen, Vergehen gegen das Wehrpflichtgesetz u.a. verhaftet und verurteilt. Solche Fälle werden im Land weithin als politische Einschüchterungsversuche verstanden, weil offensichtlich gezielt Kritiker der Regierungspolitik betroffen waren.⁵

Die Asienkrise hat zugleich zu einer Vertiefung der politischen Reformdiskurse in den von uns untersuchten Ländern China, Japan, Malaysia und Vietnam geführt. Dieser Diskurs bezieht sich nicht mehr, wie vor der Krise, wesentlich auf die "asiatischen Werte". Mit der Krise haben sich

² Vgl. etwa die Schwerpunkte "The Power 50" in: Asiaweek, 29.05.1998 (Internetversion) und "Cronyism, Corruption, Collusion – Can Asia Change its Old Ways?", in: Asiaweek, 22.05.1998 (Internetversion).

³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.00.

⁴ President Chen Shui-bian's Inauguration Speech, ed.: Office of the President, Republic of China, Taipeh, 21 May 2000: 1.

⁵ Frank Ching, Law of the Jungle, in: Far Eastern Economic Review, 30.3.00: 24/25.

Argumentation und Struktur der Debatte verändert. Es sind neue Diskursstränge entstanden, die sich um Fragen der Zukunft der politischen Systeme, einer Demokratisierung in Anlehnung an "westliche" Vorbilder und einer stärker von basisdemokratischen Momenten (dörfliche und kommunale Formen von Partizipation) ausgehenden Demokratisierung drehen. In der westlichen Rezeption werden zwar die Befürworter demokratischer Universalität (in NGOs, teils unter Intellektuellen und selbst unter Teilen der Elite in autoritären Staaten) als dominant wahrgenommen, doch diese Diskursebene hat den Strang über indigene Formen von Demokratie nicht abgeschnitten, sondern, wie wir meinen, nur temporär in den Hintergrund treten lassen. Ehe wir auf transnationale Momente der Diskurse in Ost- und Südostasien eingehen, soll die Diskussion in den von unserem Projekt zu bearbeitenden Ländern etwas eingehender wiedergegeben werden, um ihre Bedeutung in den einzelnen Staaten zu verdeutlichen.

3 Diskurse in einzelnen Ländern

3.1 China

In China findet in den intellektuellen Journalen und in Publikationen zunehmend eine Auseinandersetzung über Fragen der künftigen politischen Strukturen, über Demokratisierung, freie Wahlen, Gewaltenteilung und Partizipation der Bevölkerung statt. Zwar gab es solche Debatten seit den 80er Jahren, sie haben durch die "Asienkrise" allerdings eine neue Qualität angenommen. Hierzu haben die Auseinandersetzungen über die sozialen und politischen Ursachen der "Asienkrise" ebenso beigetragen wie die Krise in Indonesien und der Demokratisierungsschub in Südkorea und Thailand.⁶ Vor allem der plötzliche Sturz Suhartos, der auf die Unfähigkeit zur Reformierung des politischen Systems und dessen Involvierung in Nepotismus und Korruption zurückgeführt wird, haben zu einem Nachdenken auch in der chinesischen Führung geführt. Aus der Asienkrise, aber auch aus dem in den letzten Jahren immer deutlicher gewordenen destabilisierenden Phänomen der Korruption, die zunehmend als systemimmanent begriffen wird und in allen Meinungsumfragen Hauptfaktor sozialer Unzufriedenheit ist, hat die Parteiführung den Schluß gezogen, dass eine rationale und effiziente ökonomische Entwicklung begleitende politische Reformen, Rechtssicherheit und rechtliche Institutionalisierung erfordert. Auf ein solches Nachdenken weisen nicht nur die Liberalisierung der Diskussion über politische Reformen, die Tolerierung von Publikationen, die sich kritisch mit den politischen Strukturen Chinas auseinandersetzen, sowie Aufträge an chinesische *Think-tanks*, sich mit alternativen politischen Konzepten und Demokratiemodellen zu beschäftigen,⁷ hin. Dong Fureng, einer der führenden Reformökonomien, schrieb Ende 1998, das eigentliche Hindernis für die Reform sei die Regierung, und "Demokratie ist ein notwendiges Erfordernis der Marktwirtschaft". Explizite verlangte er eine "politische Demokratisierung".⁸ Für Wang Guixiu, Professor an der Zentralen Parteihochschule, liegt der "grundsätzliche Ausweg Chinas" in der "Reform des politischen Systems". Dies schließe die Selbstreform und Modernisierung der Partei ein.⁹ Der renommierte Reformökonom Wu Jinglian bezeichnete den "*Crony-Kapitalismus*" (*qundai zibenzhuyi*) als die "Hauptgefahr" für die gegenwärtige Entwicklung Chinas, die politische Maßnahmen erforderlich mache.¹⁰ Sein

⁶ Vgl. z. B. Ma Xiongwei, Cong Yazhou jinrong weiji kan zhengfu de zuoyong (Von der Asienkrise her die Funktion der Regierung betrachten), in: Renmin Ribao (Volkszeitung), 08.08.98. An gleicher Stelle wird konstatiert, dass seit Beginn der "Asienkrise" die Diskussion über die Rolle des Staates ein "heißes" Thema sei.

⁷ Susan V. Lawrence, Excising the Cancer, in: Far Eastern Economic Review, 20.08.98: 10-13.

⁸ In Beiyuefeng, 9/1998: 4 und 7f.

⁹ Ibid.: 8.

¹⁰ Zhongguo Gongshang Bao (Zeitschrift für Chinas Industrie und Handel), 15.12.98.

Kollege Cao Siyuan rief u. a. zu größerer Presse- und persönlicher Freiheit sowie zur Schaffung eines Verfassungsgerichts auf, das unter Aufsicht des Nationalen Volkskongresses (Parlament) gegen alle Verfassungsverstöße, auch solche der KP, vorgehen solle.¹¹ Es wird über Huntingtons "Dritte Welle" der Demokratie diskutiert und über die Inhalte von Demokratie und ihre Bedeutung für China (Trennung Partei und Regierung, freie, faire und direkte Wahlen, Gewaltenteilung, Pressefreiheit etc.).¹²

Im Frühjahr 2000 hat der renommierte Ökonom Cao Siyuan explizite ein Ende des Staatseigentums im Industriesektor gefordert. Ein solcher Schritt, der gleichbedeutend mit der Aufgabe des sozialistischen Systems wäre, wird durchaus ernsthaft diskutiert. Im Vorjahr wurde Cao von lokalen Regierungen, Banken, Unternehmen und Hochschulen im ganzen Land zur Vorstellung seiner Thesen eingeladen.¹³ Im Zuge der Reformpolitik hat die Parteiführung in den letzten zehn Jahren selbst einen solchen Privatisierungsprozess begünstigt. Bereits Ende der 90er Jahre wurden über 60% der Industrieproduktion im nicht-staatlichen Sektor erzeugt.

Zwei weitere namhafte Intellektuelle, Wang Xiaodong und Fang Ning, die sich selbst zu den konservativen "Nationalisten" zählen, kritisierten in ihrem neuen Buch, dem Bestseller "China's Weg unter dem Schatten der Globalisierung", den schleppenden Gang politischer Reformen. Wang erklärte, sie seien zwar Nationalisten, träten aber gleichwohl für Demokratie ein, wobei Demokratie zwei Kerninhalte besitze: allgemeines Stimmrecht sowie Presse- und Publikationsfreiheit. Nur Demokratie könne sicherstellen, dass die Öffentlichkeit kontrollieren könne, ob die politische Führung sich im Interesse der Nation verhalte, und nur durch Demokratie könne die Eindämmung der Korruption gelingen.¹⁴ Damit stellen sie sich in die Tradition des europäischen Risorgimento-Nationalismus, der die Selbstbestimmung der Nation mit der Demokratisierung dieser Nation zu verbinden suchte. Und Li Fan, Direktor des unabhängigen Think-Tanks "Welt und China-Institut", erklärte vor wenigen Wochen öffentlich, in China herrsche Konsens in der Frage, dass jeder politische Reformen haben wolle. Dieser Konsens werde Druck auf die Partei ausüben, spätestens im Verlauf des XVI. Parteitag der KP im Jahre 2002 mit politischen Reformen zu beginnen. Wenn alle politische Reformen wollten, dann würden sie in der Regel auch in Angriff genommen.¹⁵ Diese Beispiele stellen keine Einzelfälle dar, sondern sind Teil eines breit angelegten Diskurses. Zwar bedeutet dies noch nicht, dass es in kurzer Zeit zu einem umfassenden Systemwandel kommt. Und keinesfalls sind die Vertreter solcher Ansichten der Dissidentenebene zuzurechnen, weil sie zumindest verbal nicht an dem Herrschaftsanspruch der Partei rütteln. Die Popularität dieses Diskurses in- und außerhalb der Partei belegt allerdings, dass tiefgreifende politische Veränderungen von einem beträchtlichen Teil der Intellektuellen, aber auch der übrigen Bevölkerung und selbst von vielen Funktionären befürwortet werden. Das Internet und seine freien Kommunikationsmöglichkeiten, der Einfluss der im Ausland lebenden Studenten und Intellektuellen, die weit gefächerten Informationsmöglichkeiten vor allem in den Großstädten und das breite Buch- und Zeitschriftenangebot zum Thema politischer Wandel, dessen Umfang die Zensur völlig überfordert, tragen zur Verstärkung und Popularisierung dieses

¹¹ Far Eastern Economic Review, 28.1.99: 8.

¹² Vgl. etwa Liu Jingxi, Minzhu xinlun (Neue Theorien der Demokratie), in: Xuexi Yu Tansuo (Studium und Forschung), 3/98: 81-85; Cong Riyun, Xiangtingdun de "di sanci minzhuhua langchao" lilun (Über Huntingtons Theorie der "Dritten Welle der Demokratie"), in: Guowai Shehui Kexue (Ausländische Sozialwissenschaften), 4/98: 69-71; Fang Jue, China Needs a New Transformation: Program Proposals of the Democratic Faction, in: Journal of Democracy, January 1998: 9-19; Mao Yushi, Liberalism, Equal Status, and Human Rights, in: Journal of Democracy, January 1998: 20-23.

¹³ Susan V. Lawrence, Mr. Privatization, in: Far Eastern Economic Review, 2.3.00: 44/45.

¹⁴ Susan V. Lawrence, The Say No Club, in: Far Eastern Economic Review, 13.1.00: 16; 18.

¹⁵ Ibid.: 18.

Diskursprozesses bei. Und nicht zuletzt dürfte die demokratische Entwicklung in Taiwan, vor allem auch die jüngsten Wahlen, positive Effekte auf die Demokratisierungsdiskussion in der Volksrepublik haben. So hat jüngst ein Pekinger Rechtsanwalt, auch im Hinblick auf die taiwanische Entwicklung und den neuen Staatspräsidenten Taiwans (ebenfalls ein Rechtsanwalt) konstatiert, die nächste Führungsgeneration Chinas würden die Juristen stellen. Dies sei ein weltweiter Trend, verbunden mit dem Verlangen nach Gerechtigkeit.¹⁶

Zwar führt der Druck konservativer Kräfte innerhalb der Partei dazu, dass Kritiker, die sich allzu weit vorwagen, immer wieder einmal unter Beschuß geraten und zeitweilig kaltgestellt werden. Dies geschah z.B. Anfang April 2000 mit einigen namhaften Intellektuellen der Akademie der Sozialwissenschaften, ganz im Sinne des chinesischen Sprichworts "ein Huhn schlachten, um den Affen zu schrecken". Derartiges Vorgehen sorgt in der Regel für ein kurzzeitiges Leiserwerden der kritischen Stimmen, um sich nach einer Phase des Abwartens umso heftiger zu äußern, gerade weil große Teile der Intellektuellen und Funktionäre die Kritik am langsamen politischen Veränderungsprozess im Grunde genommen teilen.

Dass die Parteiführung die Notwendigkeit politischer Reformen durchaus begreift, darauf weisen gleichermaßen ganz praktische Bemühungen hin, wie die landesweite Durchsetzung "demokratischer Wahl" der Dorfleitungen. Diese seit 1988 gesetzlich vorgeschriebenen Wahlen werden seit Ende 1997 neu diskutiert und gelten als Grundlage politischer Reformen. Zwar handelt es sich um einen von der Partei kontrollierten Akt, dieser entwickelt sich aber zunehmend zum Selbstläufer, weil die Landbevölkerung diese Wahlen ernst zu nehmen beginnt und dadurch ihren Partizipationsspielraum ausweitet. Zugleich handelt es sich um ein Experiment auf unterster Ebene, das durchaus Initialzündung für die übergeordneten politischen Ebenen (Gemeinden und Kreise) haben könnte und zu einer bewußten Stärkung der Bevölkerungspartizipation und der staatlichen Strukturen gegenüber der Partei führen könnte. Ein Signal in diese Richtung scheint die erste Direktwahl eines Gemeindevorstehers (*xiangzhang*) Ende Dezember 1998 in der Gemeinde Buyun/Provinz Sichuan zu sein. Diese Wahl ist zwar von der chinesischen Fachzeitschrift *Fazhi Ribao* als illegal bezeichnet worden, wurde jedoch gleichzeitig wohlwollend als Beispiel dafür zitiert, dass Demokratie kein patentiertes Produkt des Westens sei.¹⁷ Inzwischen wurden experimentelle Wahlen auf Gemeindeebene sogar legalisiert. Dazu kommt die Ausweitung allgemeiner Wahlen auf die Stadtebene. Begann der Reformprozess zunächst im ländlichen Raum, um nach erfolgreicher Versuchsphase auf die Städte übertragen zu werden, so wurde der Prozess allgemeiner Wahlen zunächst auf der Dorfebene präferiert, um nunmehr auf die Ebene der urbanen "Einwohnerkomitees" ausgeweitet zu werden.¹⁸

Neben "westlichen" Vorstellungen werden "chinesische" Spezifika diskutiert: Wahlen als ein sekundäres Phänomen, das sich prozeßhaft entwickle, auf der Dorfebene einsetze und sich nach und nach auf die höheren Verwaltungsebenen ausdehne¹⁹; Hebung des Bildungsniveaus

¹⁶ op. cit. in G. Blume/C. Yamamoto, Chinas zweiter Befreiungskampf, in: Die Zeit, 23.3.00.

¹⁷ Vgl. dazu Michael Laris und John Pomfret, Sssshh! This is a Secret Election. Chinese Quietly Test Democratic Waters, in: Washington Post Foreign Service, 27.01.99 (Internetversion).

¹⁸ Vgl. u.a. Chengshi jiceng shequ guanli xin jizhi. Beijing shi juweihui gaige shidian jingyan (Neue Mechanismen zur Verwaltung der städtischen grass-roots Gemeinwesen. Die Reform- und Experimentiererfahrung der Einwohnerkomitees in Beijing), in: Zhongguo Minzheng (Chinas Zivilverwaltung), 4/2000: 38-39.

¹⁹ So werden Dorfwahlen in China explizite als "chinesische Form der Demokratisierung" gekennzeichnet. Vgl. etwa Bai, Gang, Cunmin zizhi: Zhongguo nongmin de zhengzhi canyu (Autonomie der Dorfbewohner: Politische Partizipation der chinesischen Bauern), Arbeitspapier des Forschungsinstituts für Verwaltungspolitik, Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften, Beijing 1996 oder Zhongguo Gongshang Bao (Zeitung für Industrie und Handel Chinas), 1.4.00.

vor der Einführung von Wahlen und eines Mehrparteiensystems; Inklusion, d.h. konsultative Einbindung verschiedener Gesellschaftsgruppen in zentrale, regionale und lokale Entscheidungsprozesse, um größtmöglichen Konsens zu erreichen.²⁰ Unterschiedliche Konzepte, die sich zwischen der KP als der den Staat kontrollierenden Gewalt und der Schaffung einer multipolitischen Gesellschaft bewegen können, kommen in neueren Publikationen deutlich zum Ausdruck.²¹ Selbst über maoistische Konzepte wird inzwischen wieder diskutiert.²² Das bedeutet für China bislang jedoch noch nicht, dass die Öffnung auf der Diskursebene automatisch mit einer Verwässerung bestehender politischer Dogmen wie der "Vier Grundprinzipien" einhergeht, wie u.a. die harte Reaktion der chinesischen Regierung auf die versuchte Gründung einer "Demokratischen Partei Chinas" Ende 1998 neuerlich belegt.²³

Die Diskursebene wirkt auf die Akzeptanz organisierter politischer und sozialer Unzufriedenheit (von Demonstrationen, Streiks und Protestaktionen) durch die politische Elite ein. Die Parteiführung akzeptiert dies, solange die Äußerung von Unzufriedenheit systemimmanent bleibt, d.h. sich nicht gegen die Partei oder das herrschende System richtet.²⁴ Sie beeinflusst zugleich das Verhalten in politischen Institutionen, etwa die vorsichtige "Emanzipation" der Legislative von der Partei. Die Delegierten von Chinas Nationalem Volkskongreß (NVK) haben bereits seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre zunehmend eigene Positionen entwickelt, wobei sich zaghaft Anfänge einer Dissenskultur zeigen. Dies gilt auch für die Bemühungen des ehemaligen Vorsitzenden des NVK Qiao Shi und des amtierenden Vorsitzenden Li Peng, der Legislative statt einer reinen Befehlsempfängerfunktion (*rubber-stamp*) ein eigenes Profil zu verschaffen, auch wenn dies vor dem Hintergrund persönlicher Profilierung und individuellen Machtstrebens gesehen werden muß.²⁵ Gleichwohl zeigt sich, wie bei der Propagierung der Dorfwahlen, dass begrenzte politische Öffnungen und entstehende Freiräume durch Delegierte rasch und effektiv genutzt werden. So votierten z.B. 36,5% der Delegierten in der Jahressitzung des Parlaments im März 1995 gegen die Nominierung eines Mitglieds des Politbüros zum Vizepremier. Ebenso gibt es erste Anzeichen, dass sowohl das nationale Parlament als auch lokale Volkskongresse sich zunehmend als Vertreter sozialer Interessen verstehen, ein Prozeß, der auf der Diskursebene vorbereitet und

²⁰ Vgl. die Darlegungen des Beraters von Parteichef Jiang Zemin und ehemaligen Vizepräsidenten der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften Liu Ji in: Far Eastern Economic Review, 01.10.98: 26-28; oder Liu Ran/Hu Liangjing, Nongcun jiceng zhengquan jianshe: wenti yu duice (Der Aufbau politischer Basisrechte auf dem Land: Probleme und ihre politische Behandlung), in: Hubei Daxue Xuebao (Zeitschrift der Universität Hubei) 3/98: 9-11.

²¹ Vgl. etwa Dong Yuyu/Shi Binhai, Hg., Zhengzhi Zhongguo (Politisches China), Beijing 1998; Xu Ming, Hg., Guanjian shike. Dangdai zhongguo jite jiejuede 27ge wenti (Kritischer Moment. 27 Fragen, die das gegenwärtige China dringend lösen muß), Beijing 1998: 310ff.

²² Vgl. dazu etwa Thomas Heberer, Das "kommunistische" Musterdorf Nanjie in der Provinz Henan, in: Internationales Asienforum, 4/1997: 287-318.

²³ Vgl. etwa den Bericht Harsh Sentences of Leading Dissidents Evoke Widespread Criticism, in: CND Global News, Nr. GL 98-169, 23.12.98 (Internetversion). Unter den *Vier Grundprinzipien* versteht die chinesische Regierung das Festhalten am Sozialismus, Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao Zedong-Ideen, das Festhalten an der Führung durch die KP und das Festhalten an der "demokratischen Diktatur des Volkes". Eine spezifisch nichtwestliche Parteienkonzeption scheint hingegen bei der angekündigten Gründung einer "Chinesischen Arbeitspartei" vorzuliegen, die sich der Wahrung urbaner Interessen bei der *public policy* des Staates und einer Überwachung der KPCh verschrieben hat, ohne jedoch selbst nach Machtpositionen zu streben, vgl. etwa den Bericht Activists Resume Second Political Party Efforts Despite Crackdown, in: CND Global News, Nr. GL 99-002, 04.01.99 (Internetversion).

²⁴ Vgl. etwa den Bericht von Rena Miller, Taking Liberties. Beijing Turns a Blind Eye to Small-scale Protest, in: Far Eastern Economic Review, 10.09.98: 32f.

²⁵ Vgl. dazu Andrew J. Nathan, China's Constitutionalist Option, in: Consolidating the Third Wave Democracies: Regional Challenges, ed. by Larry Diamond/Marc F. Plattner/Yun-han Chu/Hung-mao Tien, Baltimore et al. 1997: 228-249.

erörtert wurde.²⁶ Inzwischen debattierte das chinesische Parlament selbst die (allerdings heiß umstrittene) Einführung eines Rechts der Staatsbürger auf eine Klage gegen den Staat, um Gesetzesverletzungen lokaler Regierungen einzudämmen.²⁷ Und eine Anfang 1999 beschlossene Verfassungsänderung spricht erstmals von der Schaffung innenpolitischer "Rechtsstaatlichkeit". Die Diskussion über das richtige "Regieren" (*government*) ist damit einer Debatte über neue politische Steuerungshebel und das richtige Wechselverhältnis im Dreieck Partei-Staat-Bevölkerung (*governance*) gewichen. Die genaue Dynamik und die verschiedenen Ausrichtungen dieser Debatte konkret nachzuzeichnen, soll eine der Aufgaben des geplanten Forschungsprojekts sein.

3.2 Vietnam

Auch in Vietnam hat die Asienkrise, vor allem unter Intellektuellen, aber auch unter Funktionären, zu einem Nachdenken geführt. Es wächst der Druck auf die politische Führung, das rigide politische System, das eine raschere Umsetzung der bereits beschlossenen Reformen behindert, zu lockern. Diese Diskussion wurde durch den Aufruhr in der Provinz Thai Binh, eine Provinz, die als besonders "revolutionär" und als Stützpunkt der Partei galt, im Herbst 1997 verstärkt. Tausende von Bauern, unterstützt von Kriegsveteranen, haben dort zum Teil gewalttätig gegen Korruption, Ausplünderung durch Gebühren und Landwegnahme seitens lokaler Funktionäre protestiert und demonstriert. Parteibüros wurden besetzt und zerstört, lokale Funktionäre und Polizisten als Geiseln genommen. Diese Proteste weiteten sich auch auf andere Provinzen aus und waren Alarmzeichen für die Parteiführung. Erstmals machte die Führung nun nicht "ausländische Kräfte", sondern lokale Funktionäre für die Mißstände verantwortlich. Sie versprach einen "Demokratisierungsschub" im Sinne stärkerer Kontrolle der Tätigkeiten lokaler Funktionäre durch die Bevölkerung (über Rechenschafts- und Finanzberichte sowie Institutionalisierung von Recht). Im Zuge der Diskussion über die Ursachen verlangten Parteiveteranen wie der angesehene General Tran Do, der Anfang 1999 aus der Partei ausgeschlossen wurde, sowie namhafte Intellektuelle in offenen Briefen an die Parteiführung bzw. in öffentlichen Reden mehr Demokratie, politischen Wandel, freie Wahlen und eine unabhängige Presse. Der international renommierte Mathematiker Phan Dinh Dieu rief explizite dazu auf, die Partei solle ihr Machtmonopol aufgeben.²⁸ Die Parteiführung kritisiert zwar solche Anschauungen, sie geht aber eher zurückhaltend dagegen vor, weil der politische Schaden eines solchen Vorgehens beträchtlicher wäre als der durch die Kritik entstandene. Ein Berater des vietnamesischen Ministerpräsidenten erklärte im März 1998 gegenüber dem Antragsteller, er habe dem Ministerpräsidenten mehrfach deutlich erklärt, dass ohne Demokratisierung auch der ökonomische Wandel nicht vorankommen könne. Unter Demokratisierung verstand er allerdings, die konkreten politischen Gegebenheiten in Vietnam berücksichtigend, den Abschluß von Verträgen zwischen Bürgern und dem Staat, in denen Rechte und Pflichten eindeutig niedergelegt sein sollten. Der Partei sollte dabei die Rolle einer Mittler- und Kontrollinstitution zukommen. Kontrolle lokaler Politik (in Bereichen wie Steuern, Finanzen, Bodenvergabe) durch die Dorfbewohner, d.h. Installierung dörflicher Kontrollinstanzen, gelten als "vietnamesischer Weg" zur Demokratie.²⁹

Auch in Vietnam wird betont, dass der plötzliche Sturz Suhartos zu einem Symbol für notwendige und rapide Veränderungen von unten werden könnte, zumal die Asienkrise

²⁶ Vgl. Pei Minxin, *Creeping Democratization in China*, in: *Consolidating the Third Wave Democracies: Regional Challenges*, ed. by Larry Diamond/Marc F. Plattner/Yun-han Chu/Hung-mao Tien, a.a.O.: 219-221.

²⁷ Vgl. etwa den Bericht *Lawmakers Consider Granting Citizens Powers to Sue Government*, in: *CND Global News*, Nr. GL 98-171, 28.12.98 (Internetversion).

²⁸ Todd Crowell/Ken Stier, *Debate Over Directions*, in: *Asiaweek*, 03.04.98 (Internetversion).

²⁹ *Ibid.*

autoritäre politische Konzepte grundlegend diskreditiert habe. Ein Institutsdirektor am National Center for Social Sciences and Humanities of Vietnam in Hanoi erklärte im September 1998 gegenüber dem Antragsteller, der Sturz Suhartos werde von der vietnamesischen Führung ähnlich alarmierend [in seinen Konsequenzen für die politische Legitimität] bewertet wie der Zusammenbruch der Sowjetunion. Von innen sowie aufgrund äußerer Entwicklungen wächst also der Druck auf die Parteiführung, auch politische Reformen in Gang zu setzen. Der Zeitpunkt für politischen Druck ist günstig, da Vietnam sich in einer Übergangszeit befindet: Die alte politische Elite mit immer noch relativ hohem gesellschaftlichen Prestige tritt ab, die nachrückenden jüngeren Parteiführer besitzen bislang noch geringes Prestige unter der Bevölkerung, weil sie nicht auf "historische Verdienste" verweisen können. Von daher sind sie - was ihre Legitimität anbelangt - relativ schwach und in ihrem Handlungsspielraum eher eingeschränkt. Vor allem von jüngeren Kräften, die häufig weltoffener, auslandserfahren, besser ausgebildet und weniger ideologisch orientiert sind, sind Veränderungen zu erhoffen. Die weitere Entwicklung Vietnams hängt jedoch nicht nur von inneren Faktoren ab (zu nennen wären hier in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung und der Fortgang der Reformen, die Meisterung der ökonomischen Probleme wie Umstrukturierung der Staatsbetriebe und Abbau von Armut und Arbeitslosigkeit sowie die Gewährleistung politischer und sozialer Stabilität), sondern auch von äußeren Faktoren. Wandlungsprozesse in den anderen ASEAN-Staaten, aber auch in China (dessen Reformweg Vietnam weitgehend folgt und das für Vietnam quasi Experimentierfeld für Reformen und deren Auswirkungen ist) besitzen für Hanoi wichtige Signalfunktion. Die Einbindung Vietnams in regionale Zusammenhänge (ASEAN, APEC) fördert zugleich den Dialog und den Umdenkungsprozeß. Inwieweit diese regionalen Interdependenzen sich quantitativ und qualitativ sowohl auf der Diskursebene als auch auf der Ebene praktischer Politikausübung nachhaltig auswirken, kann durch Diskursanalyse und Interviews erst im Rahmen des Forschungsprojekts geklärt werden.

3.3 Japan

In Japan nimmt die Diskussion über politische Reformen bereits seit Jahren (d.h. lange vor der "Asienkrise") ihren Lauf. Es beteiligen sich Intellektuelle, Politiker (aus Regierungspartei und Opposition), Vertreter der Großindustrie wie auch andere Persönlichkeiten der politischen Öffentlichkeit (z.B. aus NGOs). Dabei weisen zwei zentrale Themen eine beachtliche Kontinuität auf: Verfassungsreform und Verwaltungsreform. Das Thema Finanzreform, das derzeit freilich hoch im Kurs steht, tauchte vergleichsweise spät auf, nämlich nach dem sog. "Platzen der *bubble*" zu Beginn der 90er Jahre. Wenn für Japan eine Form des *crony capitalism* bezeichnend sein sollte, dann sicherlich die viel diskutierte Ausprägung des *iron triangle* (Politik, Industrie, Bürokratie). Der "starke Staat" schöpfte seine Kraft in Japan vorwiegend aus der Bürokratie, so dass politische Reformen in erster Linie als Verwaltungsreformen betrachtet werden. In zweiter Linie, aber durchaus im Zusammenhang damit, wurden Forderungen nach Veränderungen in der Parteienfinanzierung laut.

Die Bevölkerung Japans hat sich in den 1990er Jahren zunehmend neue Partizipationskanäle geschaffen. Die erhöhte Zahl der lokalen Bürgerbegehren und Plebiszite vor allem im Umwelt- und Sicherheitsbereich legen ebenso Zeugnis davon ab wie die zahlreichen Aktivitäten von *Non-Profit-Organisationen* (NPO), die sich in Zeiten von Naturkatastrophen (insbesondere Erdbeben) vervielfachen. Die erfolgreiche Forderung nach einer Lockerung des NPO-Gesetzes zeigt, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein gereift ist, die garantierten demokratischen Rechte tatsächlich in Anspruch zu nehmen und ihre Beschneidung nicht mehr ohne weiteres hinzunehmen. Im Zuge der Asienkrise viel diskutierte Probleme wie die Intransparenz politischer Prozesse, Korruptionsanfälligkeit und Kumpanei sind dabei freilich auch kritisiert und verurteilt worden. Insofern haben sich einzelne Facetten der Krise in der Region durchaus

förderlich auf den japanischen Reformdiskurs ausgewirkt und die Notwendigkeit struktureller Reformen in der Bevölkerung wie in der Elite nachdrücklich ins Bewusstsein gerückt.

Die "Asienkrise" im Sinne einer Finanzkrise findet sich insofern im Verwaltungsreformdiskurs wieder, als durch das Platzen der "*bubble*" (die "Seifenblase" der überhöhten Immobilien- und Grundstückspreise) in Japan und durch das Zusammenbrechen der Finanzmärkte in mehreren Staaten Südostasiens einmal mehr offenbar wurde, dass die systematisch betriebene Praxis des *amakudari* (wörtl.: Herabsteigen vom Himmel)³⁰ erheblich zur Intransparenz finanzpolitischer Vorgänge bzw. zur Kumpanei von Regierungspolitik und Finanzwirtschaft beigetragen hat. Enormer Unmut - mit folgender öffentlicher Diskussion in den Medien - rührte sich in der Bevölkerung vor allem nach der Ankündigung der japanischen Regierung, die durch den "*jūsen*-Skandal" (sinngemäß übertragen: "Bausparkassen-Skandal") verursachten Verluste der Immobilienkreditbanken mit Hilfe von Steuergeldern zu kompensieren. Seit dieser Zeit herrscht jeglicher Bekämpfung von finanziellen Engpässen der Volkswirtschaft mit Steuergeldern gegenüber äußerste Skepsis. Aus diesem Grunde wurde die temporäre Verstaatlichung gefährdeter Banken verordnet.³¹ Die reihenweisen Konkurse japanischer Banken und Kredithäuser stellen vor dem Hintergrund der Asienkrise die Potenzierung eines Problems dar, das im nationalen Rahmen gelöst werden muß, um für die Region Wirkung zu erzielen. Ein Finanzhilfeprogramm im Umfang von 30 Mio. US-\$, das zur Behebung der Krise beitragen und gleichzeitig Japans politische Führungsrolle in der Region betonen soll, wurde im Oktober 1998 beschlossen (bekannt als *Neue Miyazawa-Initiative* oder *Joint Recovery Initiative*). Nachdem die Krise im Jahr 2000 als mehr oder minder überwunden gilt, sitzt Japan gemeinsam mit den ASEAN-Staaten an einem Tisch und erwägt die Einrichtung eines Asiatischen Währungsfonds (AMF), eine Idee, die 1997 schon einmal artikuliert wurde, damals aber auf Druck der USA begraben wurde.³²

Im politischen Diskurs treffen sich auf diese Weise zwei Ebenen, die zuvor noch in "außenpolitisch" und "innenpolitisch" zu trennen gewesen wären. Dadurch wird die gesamte Diskussion über die Asienkrise in eine neue, transnationale Dimension überführt. Das gewachsene Demokratiebewußtsein der japanischen Bevölkerung ist gleichwohl durch mehrere deutliche Anzeichen unübersehbar geworden. Den offensten Hinweis auf den Trend zur aktiven Inanspruchnahme demokratischer Rechte liefern die Wahlergebnisse. Seit 1993 pendelt die bis dahin kontinuierlich die Regierung stellende Liberaldemokratische Partei (LDP) zwischen den Images als Partei des Vertrauens und Partei des Misstrauens. Der Kritiker Katō Shūichi ist daher der Meinung, dass man eher von einem "Misstrauen in die LDP" als von einem "Misstrauen in die Politik" sprechen müsse.³³ Dennoch stellt die LDP bislang die Mehrheit im japanischen Unterhaus und damit die Regierung. Für den Diskurs in der politischen Öffentlichkeit wirkte sich die ständige Formierung neuer Koalitionen im Regierungs- und insbesondere im Oppositionslager seit den frühen 90er Jahren so aus, dass die Erwartung eines *re-alignment* der politischen Parteien des Landes unmittelbar als Indikator für die "Demokratiefähigkeit" Japans dekretiert wurde. Von einem *re-alignment* erwartet man die

³⁰ Ministerialbürokraten, die auf irgendeiner Stufe der Karriereleiter hin zum höchsten Posten des Administrativen Vizeministers nicht mehr weiterkommen, d.h. nicht befördert werden, sichern sich in der Privatwirtschaft einen Posten - vorwiegend in einem Unternehmen, das vorher der Aufsicht des jeweiligen Ministeriums unterlag. Durch diese, *amakudari* genannte Praxis erhält die Kontaktpflege zwischen Unternehmen und Ministerialbürokratie eine wichtige informelle Facette jenseits von *pressure groups* und Verbänden. Beispiel Rüstungsindustrie: Einer seit 1994 geführten Statistik zufolge haben mittlerweile rund 1.420 ehemalige Beamte des Nationalen Verteidigungsamtes in 135 Unternehmen der Rüstungsindustrie neue Tätigkeitsfelder gefunden (ASD, Nr. 150/151 (15.09.98): 4).

³¹ Vgl. *International Herald Tribune*, 06.09.98: 14 ("Tokyo Takes Hard Look at Bank Nationalization").

³² *Far Eastern Economic Review*, December 9, 1999: 23-25.

³³ *Asahi Shimbun, Dahlemer Ausgabe* (ASD), Nr. 148/149, 15.08.98: 3.

Entstehung eines Zwei-Parteiensystems, d.h. eines Systems mit einer Regierungspartei und einer starken, konkurrenzfähigen und zum tatsächlichen Regierungswechsel tauglichen Oppositionspartei.

Um diese "westliche" Demokratieform in Japan zu erreichen, wären strukturelle Veränderungen nicht nur im Machtgefüge, sondern auch in der Legitimierung der politischen Führung vonnöten. Auch japanische Politikwissenschaftler äußern sich immer wieder skeptisch darüber, ob ein Zweiparteiensystem tatsächlich in Japan Fuß fassen kann.³⁴ Strukturelle Reformhemmnisse wie das angesprochene *amakudari* sind schwierig abbaubar. Innerhalb der demokratischen Institutionen haben sich "japanische" Verfahrensregeln, Abläufe und Mechanismen entwickelt und verfestigt, die dem politischen System und dadurch auch dem Diskurs über die Reform des Systems einen eigenen Akzent verleihen.³⁵ Die Formulierung und Implementierung von Reformmaßnahmen geschieht entsprechend. Die japanische Art der Parlaments- Ministerialreform, deren Ziel die stärkere Einbindung von Politikern – anstatt Bürokraten - in den parlamentarischen Diskussionsprozess ist, hat im Herbst 1999 begonnen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist gemacht worden, indem nun die Minister und Staatssekretäre selber dem Parlament Rede und Antwort stehen müssen, wenn dieses Auskünfte in Sachfragen verlangt. Vormalig war es üblich gewesen, Ministerialbeamte zu schicken. Zudem steht ab Januar 1999 mit dem "Ausschuss für politische Grundsatzfragen der Nation" (*kokka kihon seisaku iinkai*) ein Forum zur Verfügung, in dem die führenden Politiker aus den Parteifraktionen beider Häuser relevante politische Fragen diskutieren.³⁶ Ein Gesetz zur Reduzierung der Ministerien und nationalen Behörden von 22 auf 12, eine schwere Geburt aufgrund des Widerstandes aus der Ministerialbürokratie, ist im Juli 1999 verabschiedet worden. Zur wirtschaftlichen Bewältigung der Asienkrise in Japan hat Ministerpräsident Obuchi, der vor einigen Wochen einen Schlaganfall erlitt und inzwischen von Yoshiro Mori in seinem Amt beerbt wurde, vor internationalem Publikum auch gerne die japanische Art betont: den "dritten Weg Japans". Gemeint ist eine Kombination aus sozialer Verantwortung und rationeller Kostensenkungspolitik im Unternehmensmanagement.³⁷ Die Parole, die Stärken des japanischen Managementstils zu bewahren und gleichzeitig neue Geschäftspraktiken aus dem Westen zu integrieren, klingt fast nach dem Slogan der frühen Modernisierungsphase in der Mitte des 19. Jahrhunderts: japanischer Geist und westliche Technologie (*wakon yōsai*).

3.4 Malaysia

In Malaysia gingen von der Finanzkrise ungleich stärkere Impulse für einen neuen politischen Reformdiskurs aus als in Japan. Trotz des nach wie vor rigoros angewandten *Internal Security Act (ISA)*³⁸ werden politische Aktivitäten auf *grassroot*-Ebene diskutiert, koordiniert und

³⁴ Die Zeitschrift *Asuteion* beispielsweise stellte 1996, als die Diskussion um das Zweiparteiensystem in vollem Gange war, ein Special vor, in dem einige der bekanntesten japanischen Politikwissenschaftler um ihre Einschätzung gebeten wurden ("Nihon no seitō seiji o toinaosu" [Die japanische Parteienpolitik hinterfragen], in: *Asuteion* No. 40 (1996): 60-126). Kume Ikuo sprach damals gar von einem "Spuk" des Zweiparteiensystems (ibid.: 98).

³⁵ Muramatsu Michio etwa brachte den Begriff des "geregelten Pluralismus" (*patterned pluralism*) in die Diskussion, der die japanische Demokratie auszeichne. Vgl. *Patterned Pluralism under Challenge: The Policies of the 1980s*; in: Allinson, Gary D./Yasunori Sone, eds., *Political Dynamics in Contemporary Japan*, Ithaca, N.Y. 1993: 50-71.

³⁶ *Asahi Shimbun* Dahlemer Ausgabe, Heft 179 (Nov. 1999): 4.

³⁷ S. dazu das Interview mit Obuchi im *FarEastern Economic Review*, Dec. 2 (1999): 12.

³⁸ Das Sicherheitsgesetz ISA erlaubt es, Personen, die die nationale Sicherheit gefährden, ohne Angabe von Gründen und ohne einen Prozeß praktisch unbegrenzt zu inhaftieren. 1960 in Kraft getreten, dient das ISA neben anderen "Acts" wie dem *Societies Act*, *Sedition Act* oder *Police Act* der Abschreckung und der

durchgeführt. Die Verhaftung des Vizepremiers und Finanzministers Anwar Ibrahim im September 1998 hat die größte Massenbeteiligung an öffentlichen Demonstrationen seit den Unruhen im Jahre 1969 herbeigeführt. Die Medien in der Region berichteten Anwar-freundlich und prophezeiten Premierminister Mahathir ein ähnliches Schicksal wie seinem ehemaligen Amtskollegen Suharto in Indonesien.³⁹ Die Einparteiendominanz der Regierungspartei UMNO bis hin zum amtierenden Premierminister Mahathir war stets mit der Führungs- und Integrationskraft einzelner Persönlichkeiten verbunden. Die Aufrechterhaltung dieser Parteienherrschaft steht und fällt mit dem inneren Zusammenhalt der UMNO.

Die Themen der Reformdebatte in der breiteren Öffentlichkeit sind Nepotismus, Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit. Eine wichtige Dimension des gesellschaftlich-politischen Diskurses, die im Westen oft in einen anderen Bezugsrahmen als den demokratietheoretischen gestellt wird, liegt aber auch im Engagement religiöser, d.h. im malaysischen Falle islamischer politischer Bewegungen und Organisationen. Die in bezug auf die Meinungsbildung in der Gesellschaft sehr einflußreiche islamische Bewegung *Al-Arqam* wurde beispielsweise 1994 verboten, weil sie eine zu große politische Konkurrenz für Mahathir zu werden drohte.⁴⁰ Der Versuch der ideologischen staatlichen Beeinflussung einer islamischen Massenorganisation, wie 1982 durch die Kooptierung des ABIM⁴¹-Anführers Anwar Ibrahim geschehen, gelingt nicht immer. Die Regierungspartei UMNO schenkt islamischen NGOs relativ viel Beachtung, denn sie bestimmen die Wertmaßstäbe auf dem *grassroots level* in erheblichem Maße mit. Ihre *dakwah*-Aktivitäten (islamische Missionierungsarbeit) werden seit den 80er Jahren begrüßt - vorausgesetzt, sie richten sich nicht gegen die Regierung.

Politische NGOs wie *Aliran*, *Dong Jiad Zhong*, *Suaram* oder *Sisters in Islam* dürfen sich zwar organisieren und aktiv für ihre Interessen eintreten, aber immer unter den wachsamen Augen des Staates. Wie eine Aktivistin, die das Geschehen lange Jahre beobachten konnte, gegenüber Claudia Derichs mitteilte, werden der Organisation von Gruppen und Diskussion von Themen aller Art kaum Schranken gesetzt. Ihre geringe gesellschaftliche Ausstrahlungskraft liegt vielmehr darin, dass sie keinen Zugang zu den öffentlichen Medien des Landes erhalten und die Verbreitung ihrer Belange dadurch nur langsam über den Kreis der Engagierten hinausgeht. Dies führt dazu, dass westliche Ansichten und westliches Verständnis von Demokratie, politischer Partizipation oder Pluralismus für solche NGOs nur schwer vermittelbar sind. Bis vor nicht allzu langer Zeit besaßen sie, im Unterschied zu den islamischen Massenorganisationen, noch keine starken Netzwerke auf dem *grassroot level*. Erst seit dem Aufkommen der Reformbewegung *Reformasi*, die sich aus Zorn und Empörung über die Behandlung des ehemaligen Vize-Premiers bildete und schnell zu einer ethnien-übergreifenden sozialen Bewegung wurde, gelingt die Diffusion von Ideen einfacher. Das Verlangen nach politischem Wandel hat zur Kooperation von NGOs und politischen (Oppositions-)Parteien geführt. Die Gelegenheiten für die Artikulation und Aggregation politischer Forderungen sind daher um ein Vielfaches günstiger als vorher. Von zentraler Bedeutung ist dabei das noch von Anwar Ibrahim konzipierte Modell der malaysischen Zivilgesellschaft, ein Modell, das versucht, progressiv, modern und demokratisch orientiert zu sein und gleichzeitig einen islamischen wie auch "asiatischen" Charakter zu bewahren. In der malaysischen Variante der

Vorbeugung gegen mißliebige Oppositionsbewegungen (Südostasien Informationsstelle, Hg., Malaysia. Ein Reader. Bochum 1993: 55-79, Südostasien Länderreihe, 1).

³⁹ The Straits Times, 23.09.1998: "Asian Papers Condemn Detention".

⁴⁰ Al-Arqam oder Darul Arqam wurde 1968 von Ashaari Muhammad gegründet und trat seither mit dem Ziel an, einen islamischen Staat zu errichten. Die Bewegung war ökonomisch unabhängig und verzeichnete erheblichen Zuspruch auf der *grassroots*-Ebene, so dass vermutet werden darf, dass sie inkognito sehr wohl weiterexistiert.

⁴¹ ABIM = Angkatan Belia Islam Malaysia, größte islamische Jugendorganisation des Landes. Zur Eigendarstellung und Organisationsstruktur s. <http://www.jaring.my/abim>.

asiatischen Werte nimmt die islamische Ausrichtung damit einen besonderen Stellenwert ein und gilt als moralischer Wegweiser auch für die politische Elite.

Nach der Verhaftung von Anwar Ibrahim, die von Anhängern der *Reformasi* als präventive Aktion Mahathirs zur Vermeidung eines Suharto-Schicksals gedeutet wird, wird die malaysische Regierung enorm herausgefordert. Es zeichnet sich ab, dass die "Post-Mahathir-Ära" zu einer Nagelprobe für die nationale Integrität und politische Stabilität des Landes werden wird. In Malaysia ist die Balance der ethnischen Konstellation – Malayen, Chinesen, Inder - insbesondere durch die Spaltung der malayischen Bevölkerungsgruppe gefährdet, die sich u.a. aus dem Aufkommen der demokratisch orientierten *Reformasi*-Bewegung ergeben hat. Ein nicht minder wichtiger Grund liegt allerdings auch in der rapide angestiegenen Unterstützung für die Islamische Partei (PAS), die einen Gegenpol zur wissens- und technologie-orientierten Politik der Regierung darstellt. Die ökonomische Stärke der ethnischen Chinesen Malaysias kommt angesichts der zunehmenden regionalen Zusammenarbeit, die den Aufbau von *Chinese networks* begünstigt, auch innenpolitisch zum Tragen. Eine malaysisch-dominierte Regierung, die einen entscheidenden Teil ihrer Wählerklientel an die Islamische Partei verloren hat, bedarf zur Realisierung ihrer ehrgeizigen wirtschaftlichen Ziele umso mehr der Unterstützung durch die chinesisch-stämmige Wählerschaft. War die Behandlung politischer Instabilität bislang durch autoritäre nationalstaatliche *policies* möglich, so sind in Zukunft veränderte Rahmenbedingungen zu beachten, welche die politischen Gelegenheitsstrukturen für einen Wandel in welche Richtung auch immer – mehr Demokratie, mehr Islam, mehr Informationstechnologie - mitgestalten.

Es fehlt gegenwärtig freilich ein Modell für eine nationale Integrations- und Reformpolitik unter Bedingungen von wirtschaftlicher Krise, transnationaler Verflechtung und intraethnischer Spaltung. Die Entwicklungen in vergleichbaren Staaten der Region (etwa Indonesien), sind freilich denkbar ungeeignet, um als Modell zu fungieren. Ebenso ungeeignet sind die Optionen, die Osteuropa oder auch Afrika präsentieren. Hinzu kommt, dass Malaysia selbst mit seiner Variante von *affirmative action*, der *New Economic Policy*, als Modell für Staaten der Dritten Welt gilt. Die Intention des Premierministers Mahathir Mohamad, die Vorbildrolle mit Hilfe des Konzeptes der Wissens- und Bildungsgesellschaft auch weiterhin zu spielen, ist zunehmender Kritik im eigenen Land ausgesetzt. Bei der Ausführung des Plans, Malaysia bis zum Jahr 2020 zu einem vollständig entwickelten Staat zu machen (*Vision 2020*) und alle Ethnien unter der Flagge der fortschrittlichen Wissensgesellschaft zu vereinigen, muss sowohl dem Demokratisierungsdruck als auch den Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung von Religion und Moral in geeigneter Weise Rechnung getragen werden. Das visionäre Bild von der Wissensgesellschaft als nationalem Identifikationssymbol begeistert die adressierte Bevölkerung nur partiell.

4 Regionale Gemeinsamkeiten und transnationale Prozesse im Demokratisierungsdiskurs

Diese Beispiele mögen genügen, auch wenn die "Asienkrise" die Auseinandersetzungen über die demokratische Verfassung in Thailand, über die Veränderungen des symbiotischen Verhältnisses Staat/Wirtschaft in Südkorea oder über die Rolle der *local councils* in Hongkong mit beeinflusst hat. Zwar mehren sich die Stimmen, die alleine in der Ausweitung von Demokratie die Zukunft der politischen Systeme sehen, aber innerhalb dieses Diskussionsstrangs gibt es verschiedene Schattierungen, die sich zwischen der Übernahme westlicher Institutionen und einer Synthese von westlichen und indigenen Mustern bewegen. Das behauptete Indigene erstreckt sich dabei auf Fragen einheimischer, traditioneller demokratie- oder partizipationsfördernder Institutionen wie Dorfwahlen (China, Vietnam,

Laos, Kambodscha, Thailand), Momente traditionaler politischer Kultur oder spezifischer ideengeschichtlicher Konzepte. Auf einem internationalen Symposium argumentierte etwa ein kambodschanischer ehemaliger Minister und Parlamentarier, Spiritualität sowie die dialektischen Momente *Me* und *Ba* (die den chinesischen *Yin-* und *Yang-*Prinzipien entsprechen) müßten als zentrale Momente von Demokratie in "asiatischen" Gesellschaften begriffen werden, weil sie den menschlichen Werten in der Gesellschaft wieder Geltung verschaffen und damit erst die Grundvoraussetzungen für eine demokratische Ordnung etablieren würden.⁴² In ähnlicher Weise argumentieren der thailändische Buddhist Sulak Sivaraksa und der malaysisch-islamische Politiker Chandra Muzaffar. In einem buddhistisch-muslimischen Dialog über eine alternative Politik in Asien erklärten sie, Islam und Buddhismus besäßen ihre eigenen demokratischen Traditionen. So spreche sich der Koran für ein Konsultationsgebot zwischen Führern und Geführten, für die Notwendigkeit der Akzeptanz eines Führers durch die Geführten als Grundlage politischer Legitimität, für das Gerechtigkeitsprinzip in islamischen Gesellschaften und letztlich für *good governance* aus. Im Buddhismus verkörpere das *Samgha-Prinzip* als Teil der "dreifachen Zufluchtsnahme" (Buddha, Dharma und Samgha), also die Gemeinde der Mönche und Nonnen, die buddhistische Form der Demokratie. Samgha bedeute letztlich Demokratie in Form demokratischer Verfahrensweisen der Brüdergemeinden bei Aufnahmen, in Form der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie gewählter Vertreter.⁴³ Auch Sivaraksa sieht im Moment der Spritualität die politische Überlegenheit "asiatischer" politischer Kulturen. Auch die Grünen, so argumentiert er, würden wie zuvor die Sozialisten scheitern, weil ihnen Spritualität fehle.⁴⁴

Letztlich kristallisiert sich in dem Diskurs über Indigenität die Behauptung, es gebe in den politischen Ideen, Strukturen und Traditionen Asiens "demokratische" bzw. demokratieförderliche Momente. Die Anwendung des "westlichen" Demokratiebegriffs erscheint hier allerdings fragwürdig, weil es sich zwar um bestimmte ideale Vorstellungen eines Dialogs zwischen Führern und Geführten und um gewisse Formen von Partizipation handelt, Rechte aber nicht institutionell abgesichert und durchsetzbar sind. Es fehlen demokratische Institutionen, die die moderne Demokratie erst ausmachen. Allerdings scheint sich in dem Demokratieverständnis vieler Ost- und Südostasiaten ein anderes Gesellschaftskonzept niederzuschlagen, etwa wenn behauptet wird, in den traditionellen Gesellschaften der Region habe es Demokratie gegeben, die erst durch das Eindringen des Kolonialismus oder den Zerfall der einheimischen Werte erodiert sei oder wenn das Hauptziel der Demokratie in der Wiederherstellung der "Würde der Individuen" gesehen wird.⁴⁵

Hier muß auch zwischen Vertretern verschiedener Richtungen unterschieden werden: zwischen denjenigen, die damit gegen westliche Demokratievorstellungen und *Westtoxication* argumentieren und autoritäre Strukturen rechtfertigen wollen⁴⁶ und denjenigen, die unter Hinweis auf demokratische Traditionen sich gegen die von autoritären Eliten behaupteten

⁴² Narang Nouth, Considerations on Asian Values and Western Democracy. For a better Khmer Society, Paper presented to the International Symposium "Social Justice, Democracy and Alternative Politics. A Europe-Asia Dialogue", Ayutthaya, Thailand, 5-8 May 2000.

⁴³ Vgl. dazu: Sulak Sivaraksa/Chandra Muzaffar, Alternative Politics for Asia. A Buddhist-Muslim Dialogue, Kuala Lumpur 1999.

⁴⁴ Ibid.: 71/72.

⁴⁵ So z.B. Ramjeet Verna, Mitglied des Committees of Foreign Affairs, National League for Democracy von Burma auf dem International Symposium "Social Justice, Democracy and Alternative Politics. A Europe-Asia Dialogue", Ayutthaya, Thailand, am 6. Mai 2000.

⁴⁶ Vgl. etwa Mahathirs "malaysische Form der Demokratie", in: Mahathir Mohamad, The Challenges of Turmoil, Subang Jaya 1998: 39ff.

"traditionalen" Autoritätsstrukturen, die angeblich demokratische Verhältnisse nicht erlauben, wenden. Während (bis auf Japan) die Befürworter "westlicher" Demokratie ebenso in der Minderheit zu sein scheinen wie die Befürworter einer allein auf indigenen Momenten beruhenden Demokratie, wächst die Zahl derjenigen, die über eine Synthese nachdenken. Die Diskussion über eine weitere Demokratisierung Japans und den Nutzen "japanischer" Verfahrensregeln (wie "geregelter Pluralismus", innerparteilicher Faktionalismus etc.) erscheint ebenso als Teil dieser Synthesedebatte wie die Demokratisierung "von unten", d. h. über die Dorfwahlen oder über eine Liberalisierung etwa der Medien unter Kontrolle einer starken gesellschaftlichen Instanz (wie der KP in Vietnam oder China).

Zwar scheint die Diskussion in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich zu verlaufen, gleichwohl lassen sich transnationale Gemeinsamkeiten erkennen, die wir thesenhaft kennzeichnen wollen:

- Die wachsende Erkenntnis in allen vier Gesellschaften (wenn auch in unterschiedlichem Grad), dass die "Asienkrise" eine Veränderung der politischen Strukturen notwendig erscheinen läßt;
- eine Auseinandersetzung, die auch eine Verbindung "westlicher" oder inzwischen eher universaler demokratischer Institutionen mit indigenen Strukturen und Werten sucht;
- ein wachsendes Selbstbewußtsein im Hinblick auf autochthone demokratische Traditionen, wobei die Vertreter dieser Richtung in "Demokratie" keine europäische Erfindung sehen, sondern eine Rückbesinnung auf eigene demokratische Traditionen suchen;
- eine zunehmende Hoffnung auf die Chance, innerhalb der politischen Elite Bündnispartner zu finden, die das Reformstreben unterstützen und neue Kanäle für die politische und gesellschaftliche Interessenartikulation öffnen.

Es handelt sich dabei um parallele Entwicklungen, die als *tendenziell* transnational zu begreifen sind. Darüber hinaus lassen sich jedoch auch offene transnationale Prozesse ausmachen. Vor allem supranationale Diskussionsforen, die Zusammenarbeit von NGOs, Wissenschaftstagungen und Internet-*Newsgroups* fungieren in diesem Kontext quasi als Katalysatoren und tragen zur Entwicklung transnationaler Prozesse bei. All dies bedeutet für sich genommen noch keine "Asiatisierung". Die Asienkrise war aber Mitauslöser einer Neubesinnung auf gemeinsame "demokratische" Werte und Institutionen und hat die Notwendigkeit eines politischen Veränderungsprozesses in der gesamten Region deutlich werden lassen. Von daher hat sich die Argumentation auch unter den Eliten in der Region zumindest partiell umgekehrt: Galten lange Zeit autoritäre Strukturen als günstige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, so verlautet nun mehr und mehr, allein demokratische Verhältnisse garantierten besseres Krisenmanagement und *good governance*, auch wenn es dazu angepaßter Spezifika bedürfe. Ob diese politische Perspektivdiskussion jedoch in weitgehende Demokratisierungen in den zu untersuchenden Ländern resultieren wird (in Japan als demokratischem Land geht es hingegen um die Kontinuität von Demokratisierung), oder ob es sich um eine wenig beständige *democracy bubble* mit anschließendem autoritären *backlash* handelt, muß zu diesem Zeitpunkt offenbleiben. Angesichts der unterschiedlichen politischen, ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen in den Untersuchungseinheiten gehen wir jedoch weniger von einer linearen Entwicklung hin zu demokratischen Systemen aus, als vielmehr von Entwicklungen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, Rückschlägen und auch widersprüchlichen Befunden wie sie bereits eingangs in den länderspezifischen Diskursen angedeutet wurden. Im intellektuellen Diskurs über die Notwendigkeit demokratischer Reformen wird inzwischen auch (wieder) über unausweichliche Begleiterscheinungen der Demokratisierung nachgedacht, wie

gesellschaftliche Turbulenzen und Unwägbarkeiten.⁴⁷ Dazu kommt die wachsende Kritik an der gegenwärtigen Gestaltung von Demokratie etwa auf den Philippinen oder in Thailand. So bezeichnen die philippinischen Sozialwissenschaftler Walden Bello und Randolph S. David die Demokratien in Südostasien als "Elite-Demokratien", in denen eine von den USA akzeptierte Elite die Macht ausübe, bei gleichzeitig fehlender Realisierung einer Landreform, von Arbeiter- oder Frauenrechten.⁴⁸ Das Moment der Eliten-Demokratie bestätigt sich auch dadurch, dass die Kandidatur für einen Sitz im thailändischen Senat zumindest den Hochschulabschluß eines *Bachelor*, die Kandidatur für einen Parlamentssitz einen *High-School*-Abschluss verlangt. Das Gros der Bevölkerung ist damit von einer Kandidatur grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Verbindung von Asienkrise und politischer Perspektivdiskussion in der Region entsprang dem offensichtlichen Zusammenhang zwischen politischer Korruption, Nepotismus, Patronage, Beziehungsnetzwerken und fehlender *checks and balances*, letztlich also einem Mangel an demokratischer Kontrolle. Die Auseinandersetzung darüber hat teilweise schon vor der Krise eingesetzt, ausgehend vor allem von NGOs, Intellektuellen und oppositionellen Gruppen. Primär ging und geht es dabei um die Frage von "asiatischen" Mustern von Herrschaft, Demokratie und Partizipation.⁴⁹ Im Westen wurde die innerasiatische Debatte allerdings auf die Frage der "asiatischen Werte" reduziert, in der in erster Linie der Versuch einer Legitimierung autoritärer Strukturen durch herrschende Eliten gesehen wurde. Aber die "Werteauseinandersetzung" nahm in Asien selbst einen ganz anderen Verlauf: Interpretationen traditionaler Werte im Sinne der Legitimierung autoritärer Strukturen stehen Interpretationen im Sinne demokratischer Traditionen gegenüber. Auf internationaler Ebene kam dies erstmals in der Auseinandersetzung zwischen dem heutigen Staatspräsidenten Südkoreas Kim Dae-Jung und der grauen Eminenz Singapurs Lee Kuan-Yew in der Zeitschrift *Foreign Affairs* zum Ausdruck.⁵⁰

Bereits vor der "Asienkrise" hat der erwähnte frühere Vizeministerpräsident und Finanzminister Malaysias, Anwar Ibrahim,⁵¹ darauf hingewiesen, dass Asien gegenwärtig eine neuerliche Demokratie-Debatte erlebt, diese im Westen allerdings kaum zur Kenntnis genommen werde.⁵² Dabei geht es u.a. um Fragen der Herausbildung einer *civil society*, um Partizipationsrechte der Bevölkerung, um die Einführung demokratischer Kontrollrechte und -

⁴⁷ Vgl. z. B. Ricardo Saludos Einschätzung "As Asians push their individual agenda, things will not be as smooth and orderly as before. After all, people enjoying new latitude in their lives, livelihoods and politics will inevitably fall into excess and chaos, as they probe the limits of a new dispensation." Er vergleicht deshalb die Demokratie mit dem Internet: "Hence, it [das Internet, Anm. d. Verf.] is messy but exciting, and so will be Asia's new democratic adventure" (Reflections 1998: Out with the Old, in with the New, in: Asiaweek, 25.12.98 (Internetversion)).

⁴⁸ Vgl. Walden Bello, Social Justice, Democracy and Alternative Politics: An Overview sowie Randolph S. David, Asian Cultural Values and Modernization: Strengths and weaknesses in Relation to Social Justice, Democracy, and Sustainable Development, Papers presented to the International Symposium "Social Justice, Democracy and Alternative Politics. A Europe-Asia Dialogue", Ayutthaya, Thailand, 5-8 May 2000.

⁴⁹ Vgl. dazu den Leitartikel A Year of Elections: Asia's Voters Show there are Many Roads to Democracy, in: Asiaweek, 27.12.96 (Internetversion), der Erscheinungen von politischer Korruption wie Wahlstimmenkauf brandmarkt.

⁵⁰ Siehe Kim Dae Jung, Is Culture Destiny? The Myth of Asia's Anti-democratic Values, in: Foreign Affairs, 2/94: 189-194.

⁵¹ Anwar wurde am 02.09.1998 durch Mahathir entlassen, nach Meinungsverschiedenheiten über ökonomische und politische Zukunftsvorstellungen, vgl. dazu South China Morning Post (Internetversion), 02.09.98 und 03.09.98. Seine Anschauungen haben jedoch nicht an Anziehungskraft verloren und können daher stellvertretend für eine breite Strömung der politischen Öffentlichkeit angeführt werden.

⁵² Anwar Ibrahim, Democracy and Civil Society, in: ders., The Asian Renaissance, Singapore, Kuala Lumpur 1997: 47ff.

instanzen.⁵³ Anwar weist zu Recht auf die Notwendigkeit hin, sich zu verdeutlichen, was und vor allem wie in nicht-westlichen Ländern über Demokratie und Demokratisierung diskutiert wird. Er selbst steht hier beispielhaft für viele andere, die Demokratie als geeignete Form politischer Ordnung nicht in Frage stellen, sich jedoch dagegen wehren, ausschließlich die westlichen Vordenker, Denker, Theoretiker, Staatsmänner, Poeten und Philosophen zur Reflexion über dieses Konzept heranzuziehen. Die doppelte Bedeutung seines Buchtitels *The Asian Renaissance* verrät viel über das Anliegen Anwars und seiner Mitstreiter: Renaissance wird nämlich zum einen als Wiedererwachen (*reawakening*) Asiens in der heutigen Zeit, zum anderen aber auch als Phänomen, welches in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts "schon einmal" stattgefunden hat, verstanden. Was Anwar bewußt ins Licht rückt, ist die Eigenleistung, die eigene Dynamik, die den politischen und philosophischen Diskursen in nicht-westlichen Kulturen immanent gewesen ist.

Die Debatte über eine spezifische ("asiatische") Variante von Demokratie in Asien ist nicht neu. Bereits die Vertreter der chinesischen Reformbewegung von 1898 debattierten über China angemessene Formen politischer Modernisierung, und prominente Vertreter wie Kang Youwei propagierten politische Reformen auf der Basis von indigenen Traditionen, die jedoch westliche Elemente nutzen sollten. Der erste Präsident der Republik China Sun Yat-sen formulierte in den 20er Jahren ein von westlichen Vorstellungen abweichendes Demokratiekonzept.⁵⁴ In Japan blühte um 1880 die "Bewegung für Freiheit und Volksrechte" (*jiyû minken undô*) auf, die zwar noch keine "Demokratiebewegung" im heutigen Sinne darstellte, wohl aber einen Beleg für einen politischen Diskurs, der von den Eliten in die Gesellschaft getragen und bewußt gefördert wurde.⁵⁵ Eine "japanische Note" erhielt die Diskussion stets durch die Existenz des Kaisers (Tennô), dessen Herkunft auf ein shintoistisches Ahnengeschlecht zurückgeführt wird und dessen Position im Staats- und Herrschaftsgefüge im frühen 19. Jhd. etwa von den Liberalismustheoretikern Japans zur Debatte gestellt wurde.⁵⁶

Auch ein Blick auf die einzelnen nationalen Entwürfe politischer Grundvorstellungen nach 1945 weist auf "asiatische" Varianten und Konzeptionen hin. Denken wir nur an den "chinesischen", "vietnamesischen", "nordkoreanischen" oder "burmesischen" Sozialismus, an den singaporeanischen Konfuzianismus und die *National Ideology*⁵⁷, an die indonesische

⁵³ Anwar setzte sich deshalb im Juli 1998 an die Spitze einer politischen Kampagne für politische Reformen in Malaysia, vor allem gegen Nepotismus und Vetternwirtschaft in hohen Regierungspositionen, die jedoch von Mahathir sofort beendet wurde, vgl. South China Morning Post, 02.09.98 (Internetversion).

⁵⁴ Sun Yat-sen, Die Grundlehre von den Volksrechten: Min-ch'üan chu-i, in: Kindermann, Gottfried Karl, Hg., Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus, Freiburg 1963: 105-119.

⁵⁵ Zur *jiyû minken undô* und ihrer Bedeutung siehe u.a. Irokawa Daikichi, *Jiyû minken* (Freiheit und Volksrechte), Tôkyô 1981; Gotô Yasushi, *Jiyû minken: Meiji no kakumei to hankakumei* (Freiheit und Volksrechte: Meiji-Revolution und -Gegenrevolution), Tôkyô 1972; Stephen Vlastos, *The Popular Rights Movement*, in: Marius B. Jansen, ed., *The Emergence of Meiji Japan*, Cambridge 1995: 238-261.

⁵⁶ Sehr bekannt wurden die "Organtheorie" von Minobe Tatsukichi und die "Demozentrismus"-Theorie (*minponshugi*) von Yoshino Sakuzô. Zentrale Forderungen des "Liberalisten" in den 20er und 30er Jahren waren die nach *rule by law* und nach Redefreiheit. Vgl. etwa Robert E. Ward, ed., *Political Development in Modern Japan*, Princeton 1968; Marius B. Jansen, ed., *Changing Japanese Attitudes Toward Modernization*, Princeton 1965; Kodansha, Hg., *Japan. An Illustrated Encyclopedia*, vol. 1., Tokyo 1993: 889.

⁵⁷ Dazu: Jon S. T. Quah, *In Search of Singapore's National Values*, Singapore 1990; Rüdiger Machetzki, *Singapur: Wie konstruiert man eine 'nationale Ideologie'*, in: *Südostasien aktuell*, November 1995: 492-494; Tham Seong Chee, *Values and National Development in Singapore*, in: *Asian Journal of Political Science*, 2/95: 1-14.

Staatsgrundlage der *Pancasila*⁵⁸, die malaysische der *Rukunegara*⁵⁹ oder die *Melayu Islam Beraja*⁶⁰ von Brunei. Zugleich weisen diese Ideologien Gemeinsamkeiten auf, die einerseits auf traditionale Werte zurückgehen, andererseits national-integrierende Funktion haben und drittens die bestehenden Herrschafts- und Machtstrukturen absichern sollen, wie:

- Solidarität zwischen den verschiedenen Ethnien,
- Entwicklung auf der Basis der Sicherstellung eines gewissen Egalitarismus' sowie ökonomischer Mindeststandards für alle,
- Konsensprinzip in politischen Diskursen,
- Sicherung des Volkswohls durch den Staat,
- Ausschluß paralleler Machtstrukturen,
- Staat (oder Partei) als Repräsentant der Nation, damit Gleichsetzung von Staat und Nation (Staatsnationalismus),
- nationale Integrationsfunktion des Militärs.⁶¹

Die Gesellschaft wird hier als organische Einheit begriffen, der Staat verkörpert die Interessen dieser Einheit und sorgt für ihre Durchsetzung. Der paternalistische Staat versucht, Partikularinteressen, politischen Wettbewerb und parallele Machtstrukturen im Interesse der Bewahrung sozialer Einheit auszuschalten.⁶² Von daher unterscheiden sich die politischen Rahmenbedingungen der ostasiatischen Länder von denen des Westens, existieren Unterschiede in den politischen Kulturen, wie ein anderes Verständnis vom Wechselverhältnis Staat - Bevölkerung und von der Rolle des Staates. Andere Vorstellungen von Ordnung, Macht, Autorität, Hierarchie, Patronage, Beziehungsnetzwerken u.a. Faktoren begünstigen die Aufrechterhaltung von Strukturen, die wir als autoritär klassifizieren. Historische, funktionelle und kulturelle Momente haben Staatsverständnis, Rechtsauffassung und politische Kultur in Ostasien geprägt und Formen des politischen Diskurses geschaffen, die von den uns geläufigen abweichen und für uns nicht so ohne weiteres nachvollziehbar sind.⁶³ Kultur wird dabei nicht als statisches System begriffen, sondern steuert und filtert über Wertvorstellungen, Verhaltens- und Bewertungsmuster gesellschaftliche Entwicklungsprozesse⁶⁴, wobei dieser Filter selbst

⁵⁸ Christine Drake, National Integration in Indonesia, Honolulu 1989; *Pancasila* bezieht sich auf die fünf Prinzipien Nationalismus, Humanitarismus, repräsentative Regierung, die auf Konsens beruht, soziale Gerechtigkeit/soziale Prosperität, Glaube an einen Gott.

⁵⁹ *Rukunegara* bezieht sich auf folgende Prinzipien im Interesse der Wahrung nationaler und ethnischer Einheit: demokratischer Lebensstil, gerechte Gesellschaft/Teilungsgerechtigkeit; Glaube an Gott, Loyalität gegenüber König und Land, gutes Betragen und hohe Moral, vgl. Leon Comber, 13 May 1969. A Historical Survey of Sino-Malay Relations, Singapore, Hongkong 1983: 79ff.

⁶⁰ Dazu: B. A. Hussainmiya, Philosophy for a Rich, Small State, in: Far Eastern Economic Review, 10.02.94: 31. Die Prinzipien sind: malaische Kultur, Islam (Religion) und Monarchie (politischer Rahmen).

⁶¹ Ein im 2. Halbjahr 1997 verabschiedetes Dokument namhafter Wissenschaftler und Politiker Südostasiens bekräftigte genau diese gemeinsamen Grundlagen. Vgl. Towards a Southeast Asian Community: A Human Agenda. A Statement on a Future Southeast Asian Community to the Leaders and Peoples of Southeast Asia, o.O. 1997.

⁶² Dazu u. a. Richard Robison, The Politics of 'Asian Values', in: The Pacific Review, 3/96: 309-327.

⁶³ Ein gutes Beispiel hierfür liefert Lucian W. Pye's Buch Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority, Cambridge/Mass. und London 1985.

⁶⁴ Vgl. dazu Dieter Weiss, Entwicklung als Wettbewerb der Kulturen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 29/1995: 3/4; s. u. a. Durganand Sinha/Henry S. R. Kao, eds., Social Values and Development. Asian Perspectives, New Delhi et al. 1988; Thomas Heberer, Traditionale Kultur und Modernisierung. Versuch einer Analyse am Beispiel Chinas, in: Politische Vierteljahresschrift, 2/1990: 214-237; Inse Cornelissen, Der Fall Japan. Kultur als Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung, Frankfurt/M. 1991; Peter L. Berger/Hsin-Huang Hsiao, eds., In Search of an East Asian Development Model,

keine statische Konstante ist, sondern ebenfalls beständiger Veränderung unterliegt. Und letztlich ist zu berücksichtigen, dass sich auch die westlichen Länder nicht in wenigen Jahren zu demokratischen Gesellschaften entwickelt haben. Demokratie bedeutet nicht nur Transfer von Institutionen und Gesetzen, sondern ist auch als Lebensweise mit spezifischer Diskurs- und Streitkultur zu begreifen. Letzteres aber ist nicht übertragbar, sondern muß sich prozeßhaft entwickeln, muß in einem langen, gesellschaftlich möglichst stabilen Zeitraum erlernt werden.

Die Asienkrise hat der Demokratiediskussion in Ost- und Südostasien Auftrieb gegeben, ohne dass dies kurzfristig in allen Ländern automatisch zu einer Demokratisierung führen wird. Dabei wird nun weniger auf "asiatische Werte" Bezug genommen als auf die Frage, inwieweit einheimische Erfahrungen politischer Kultur nutzbringend in einen Demokratisierungsprozess eingebaut werden können bzw. wie sich destabilisierende Effekte eines Demokratisierungsprozesses durch den Einbau eigener politischer Partizipationsinstrumente abfedern lassen. Von daher hat die Finanzkrise nicht nur den einheimischen, sondern auch den regionalen und globalen Diskurs über Demokratisierung auf eine neue Grundlage gestellt.

5 Zielsetzungen des Forschungsprojektes

Das Projekt setzt sich das Ziel, diese im Westen bislang unzureichend rezipierte und dokumentierte neuere Debatte über Demokratie, Partizipation und politische Zukunftsentwürfe aufzuarbeiten, zu kategorisieren und Gemeinsamkeiten wie Unterschiede herauszuarbeiten. Besonderer Wert soll hierbei auf die oben erwähnte "Synthesediskussion" gelegt werden, die auch als Ausdruck gestiegenen Selbstbewußtseins in der Region zu begreifen ist. Im Gegensatz zu Forschungsansätzen, die empirische Demokratiemessung über quantitative Indizes (u.a. Jagers/Gurr; Freedom House; Vanhanen; Arat; Bollen; Hadenius; Coppedge/Reinicke) erreichen wollen und auf einer impliziten Dichotomie Demokratie vs. Nichtdemokratie beruhen, soll im Rahmen dieses Forschungsvorhabens dem Prozeßcharakter von Diskurs und politischer Praxis Rechnung getragen werden. Zugleich sollen die regionalen Diskurse Ausgangspunkt der Analyse sein.

Folgende Fragen sollen in diesem Projekt aufgearbeitet und analysiert werden:

1. Welche **p o l i t i s c h e n** Zukunftsentwürfe werden seit Mitte der 90er Jahre diskutiert? Inwiefern hat sich der Charakter der Debatte durch die "Asienkrise" verschoben und welche Diskussionsebenen und Perspektivverschiebungen lassen sich erkennen? Hier interessieren uns: (a) Entwürfe eines künftigen politischen Systems, wie Demokratiekonzepte, politische Ordnungsvorstellungen, Partizipationsformen; (b) Wie wird die Entwicklung bis zur Krise analysiert? Wo werden Mißstände und Defizite eingestanden, wo wird der Status quo der politisch-systemischen bzw. strukturellen Verhältnisse verteidigt? (c) Welche Reformkonzepte werden vorgestellt bzw. diskutiert? Auf welche Ideen, Prinzipien, Werte oder Traditionen berufen sich die Akteure? (d) Wird langfristig eine Demokratisierung angestrebt? Wenn ja, welche Form von Demokratie wird als erstrebenswert dargestellt?
2. Dies soll auf drei Ebenen untersucht werden: (a) Ebene der politischen Elite (herrschende und nicht-herrschende); (b) Ebene der intellektuellen Elite; (c) Ebene der NGOs. Hierbei sind Einflußsphären auf die Debatte zu berücksichtigen, wie "externe", etwa aufgrund von Druck oder Anregungen aus dem Ausland, oder "interne", wie Forderungen aus der

New Brunswick 1993; Francis Fukuyama, Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen, München 1995.

Gesellschaft heraus (z. B. Interessengruppen) oder aus der herrschenden Elite selbst (etwa aufgrund sich wandelnder Interessen und Koalitionen).⁶⁵

3. Inwieweit läßt sich ein Einfluß der Diskursebene auf die Umgestaltung politischer Strukturen feststellen (wie Betonung von allgemeinen Wahlen auf Dorf- oder Gemeindeebene in China oder Vietnam). Kommt es - im Sinne von Reinhard Bendix - zu einer "intellektuellen Mobilisierung", d. h zu einem Push-Effekt von akademischer Seite, der tragende Argumente für eine Politikveränderung liefert?⁶⁶
4. Entsteht eine zweite "asiatische Wertedebatte" auf neuer Grundlage und über neue, demokratieorientiertere Werte (Demokratisierungsschub, aber in Abgrenzung zu westlichen Demokratievorstellungen)? Oder führt die Debatte zu einer weitgehenden Übernahme westlicher Konzepte?
5. Inwiefern handelt es sich um reale oder vermeintlich "asiatische" Konzepte, wobei "asiatisch" letztlich bedeutet, dass es partizipatorische und demokratisierungsförderliche Konzepte und Faktoren gibt, die aus einem Repertoire indigener Spezifika schöpfen und westlichen Konzeptionen gegenüber als Eigenprodukte dargestellt werden (indigene oder semi-indogene Konzepte)? Inwiefern handelt es sich um synkretistische Konzeptionen, die indigene und westliche Vorstellungen miteinander zu kombinieren suchen (synkretistische Konzepte)? Inwiefern handelt es sich wesentlich um die Übernahme westlicher Modelle, die eine Übernahme indigener oder traditionaler Muster prinzipiell ablehnen oder ausschließen (ikonoklastische Konzepte)? Unter indigenen Konzepten verstehen wir hier Ideen, die zur Bewältigung des politischen Wandels in dem Kulturkreis als Eigenprodukte entstanden sind, aber nicht zwingend inkompatibel mit westlichen Ideen sein müssen. Dabei gehen wir nicht von einem homogenen Kulturbegriff aus, sondern von verschiedenen kulturellen Traditionen, die auch konkurrierende und in Widerstreit stehende Konzepte produzieren können. Ziel ist also ebenfalls die differenzierte Darstellung einer Spannweite von indigenen Konzepten.
6. Inwiefern trägt der Demokratisierungs- und Partizipationsdiskurs zu einem über die frühere "Wertedebatte" hinausgehenden Diskurs in der Region bei und inwiefern bilden sich auf der Basis der Synthesedebatte möglicherweise neue Merkmale einer gemeinsamen, stärker von Demokratiemomenten geprägten regionalen Identität heraus?

Unseres Erachtens hat die Politikgestaltungsdebatte in Ost- und Südostasien - ungeachtet des weiteren Verlaufs der Asienkrise - langfristigen Effekt und ist Ausdruck eines wachsenden Demokratisierungsbewußtseins in der intellektuellen, teils auch in der politischen Elite. Das Forschungsvorhaben weist also über eine aktuelle Bestandsaufnahme der Diskurse über derzeit praktizierte Politikausübung hinaus, indem zum einen nach der historischen Verortung der Diskurse gefragt wird (nach Brüchen und Kontinuitäten), zum zweiten nach spezifischen zukunftsgerichteten Elementen in eben diesen Diskursen gesucht wird und drittens transnationale Konstituenten herausgefiltert werden sollen.

⁶⁵ Besonders auf der Ebene der NGOs ist eine zunehmende transnationale Vernetzung, ermöglicht u.a. durch neue Medien, festzustellen, die dazu führt, dass nicht nur fachbezogene Informationen, sondern auch zunehmend Diskurse über Ziele und Strategien in kürzester Zeit sich verbreiten. Über den Zusammenhang von neuen Medien und Demokratie siehe z.B. Michael Kinsley, *Technology, Democracy, Money: History is not Over. In Fact, there's more of it than ever*, in: *Time (Asia Edition)*, 04.05.98.

⁶⁶ Vgl. Reinhard Bendix, *Kings or People: Power and the Mandate to Rule*, Berkeley 1978.

Als Fallbeispiele sind zwei autoritäre, sich gleichwohl pluralisierende Staaten gedacht (China und Vietnam), ein multi-ethnischer, formaldemokratischer Staat mit starken, autoritären Zügen (Malaysia) und ein demokratischer Staat mit starken, parochialen Strukturen und Verhaltensmustern (Japan).

6 Methodik

Das Forschungsprojekt stützt sich auf Verfahren qualitativer Sozialforschung wie themenzentrierte Interviews und Inhaltsanalyse und einen primär induktiven Forschungsansatz. Diese Herangehensweise ergibt sich sowohl aus dem Forschungsinteresse als auch aus dem Forschungsmaterial:

1. Zur Zeit liegen noch keine umfassenderen theoriegeleiteten bzw. theoriegenerierenden Forschungsarbeiten zu den Hauptfragestellungen des Forschungsprojektes vor (vgl. Abschnitt 7). Unser Vorhaben hat also demokratietheoretisch einen explorativen Charakter.
2. Die Vorstellungen der relevanten Akteure von Demokratie und Prozessen ihrer Realisierung weisen sowohl im Vergleich miteinander als auch im Vergleich zu den gängigen westlichen demokratietheoretischen Grundannahmen ein breites Spektrum auf. Sie sperren sich deshalb gegen einen der Forschungsarbeit vorab vorangestellten Theorierahmen, der dieser inhaltlichen Bandbreite nicht gerecht würde.
3. Die Offenheit des politischen Entwicklungsprozesses erfordert ein adäquat offenes und flexibles Forschungsdesign, um ein breites Spektrum zukünftiger Entwicklungstendenzen für die Forschungsarbeit operationalisieren zu können.
4. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes soll daher durch die Analyse der asiatischen Diskurse um Demokratie und politischen Wandel erst ein Beitrag geleistet werden zu einer gegenstandsnahen Theoriebildung, die vielleicht ähnlich wie die Erforschung lateinamerikanischer Demokratisierungsprozesse die theoretische Debatte stimulieren könnte.

Das Teilprojekt soll sich auf folgende Bearbeitungsflächen beziehen:

- wichtigste Tageszeitungen
- relevante sozialwissenschaftliche Zeitschriften
- themenrelevante Buchpublikationen
- *policy papers* (auch aus dem Internet)
- ausgewählte qualitative Interviews

Zum einen sollen relevante Beiträge in den ein bis zwei wichtigsten Tageszeitungen bzw. in den wichtigsten politik- und sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften ausgewertet werden. Die Analyse soll sich primär auf den Zeitraum 1998-2003 beziehen, zum einen, um einen überschaubaren Zeitraum bearbeiten zu können, zum anderen, um neue Pointierungen und Aspekte im Diskurs aufgrund der Krisenentwicklung seit 1997 feststellen zu können. Neuere Buchpublikationen und *policy papers* zum Thema stellen eine weitere wichtige Quelle für die Analyse dar. Schließlich sollen Interviews mit Personen aus folgenden Gruppen durchgeführt werden:

- mit Vertretern der intellektuellen Elite: Politikwissenschaftler und intellektuelle Vordenker, die sich mit Fragen der politischen Veränderung in den einzelnen Ländern befassen;
- Vertretern der Politik auf der mittleren Ebene, die sich zu dem Themenkomplex geäußert haben;
- Vertretern von NGOs bzw. Verbänden.

Es soll sich um qualitative, leitfadengestützte Interviews mit einem überschaubaren Personenkreis handeln. Über Interviews sollen auch Diskursebenen eruiert werden, die sich in schriftlichen Dokumenten u. U. nicht niederschlagen.

Bei Publikationsanalyse und Interviews sollen folgende Momente im Mittelpunkt stehen:

- Politische Zielvorstellungen
- Inhaltliches Verständnis von Demokratie, Demokratisierung, Partizipation und Politik
- Haltungen zu als westlich/indigen begriffenen Partizipations- und Demokratieformen
- Vorstellungen unterschiedlicher Demokratisierungswege
- Bewertung des Demokratisierungsdiskurses im eigenen Land

Aus Fragestellung und Methodik ergibt sich, dass das Vorhaben auf enge Zusammenarbeit mit Institutionen und Wissenschaftlern aus diesen vier Ländern angewiesen und orientiert ist. Aus unserer Sicht lassen sich die länderspezifischen Diskurse nicht allein aus Printmedien rekonstruieren, finden doch gerade in autoritären Staaten wesentliche Diskussionen in Wissenschaftler- und Intellektuellenzirkeln statt.

7 Forschungsstand

Bislang gibt es vergleichsweise wenige Publikationen in westlichen Sprachen zu diesem Thema. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass der gegenwärtige Diskurs relativ neu ist, die themenrelevante Literatur in den vier Ländern ebenfalls. In der in westlichen Ländern geführten Debatte wurden statt dessen im wesentlichen demokratiefördernde und demokratiehemmende Elemente chinesischer politischer Kultur thematisiert sowie die Auswirkungen marktwirtschaftlicher Elemente auf das politische System untersucht (vgl. z. B. die Bücher des in Australien lehrenden Politikwissenschaftlers He Baogang). Die Zeitschrift *Journal of Democracy* widmete 1998 zwei Schwerpunkte dem Thema Demokratisierung in China ("Liberal Voices from China", Vol. 9, Nr. 4; "Will China Democratize?", Vol. 9, Nr. 1), indem u.a. auch Vertreter des indigenen Diskurses zu Wort kamen. Gleiches gilt auch für das Schwerpunktthema "Demokratie in China?" in der Zeitschrift *WeltTrends* (Nr. 20, Herbst 1998). Ein neueres Werk beschäftigt sich eher am Rande mit politischen Folgen der Asienkrise (T.J. Pempel, ed., *Politics of the Asian Economic Crisis*, Ithaca and London 1999), Zwei der wenigen Beispiele für eine frühe Rezeption des chinesischen bzw. vietnamesischen politischen Diskurses liefern Michael Sullivan, der jedoch nur den Untersuchungszeitraum von 1986-1992 behandelt sowie die Dissertation von Jeong.⁶⁷ Schubert hat sich in einem Aufsatz mit der innerchinesischen Debatte befaßt, jedoch sehr verkürzt und weitgehend nur auf die "Dissidentenebene" bezogen.⁶⁸ Eine systematische Sichtung und Bewertung des neueren

⁶⁷ Michael Sullivan, *The Impact of Western Political Thought in Chinese Political Discourse on Transition from Leninism, 1986-1992*, in: *World Affairs*, 157, 2 (Fall 1994): 79-91 und Jeong, Yeonsik, *Interest Representation in Socialist Market Economies: A Comparative Study of Civil Society in China and Vietnam* (Diss.), Ann Arbor 1998.

⁶⁸ Vgl. Gunter Schubert, *Auf dem Weg in eine liberale Ära? Zum gegenwärtigen Stand der innerchinesischen Debatte über die politischen Reformen und Demokratisierung*, in: *KAS/Auslandsinformationen*, 2/99: 4-22.

Diskurses steht also noch aus. In China findet der Diskurs sowohl in Buchpublikationen wie auch in sozialwissenschaftlichen Zeitschriften statt. Publikationen wie *Zhongguo zhengzhi* (Politik in China) von Dong Yuyu, *Jiao feng, dangdai Zhongguo sanci sixiang jiefang shilu* (Konfrontation, über die gegenwärtige dritte Befreiung des Denkens in China, Beijing 1998) oder *Guanjian shike, dangdai Zhongguo qite jie jue de 27 ge wenti* (Kernfragen der Zeit, Die 27 Fragen, die China gegenwärtig zu lösen hat, Beijing 1998), Hg. von Xu Ming oder *Zhongguo shehui ge jieceng fenxi* (Klassenanalyse der chinesischen Gesellschaft, Beijing 1997) von Liang Xiaosheng, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, erörtern Fragen des Machtmonopols der Partei, der Korruptionsursachen oder mangelnder Partizipation der Bevölkerung und machen verschiedene Vorschläge hinsichtlich einer Reformierung des politischen Systems. Im Prinzip werden alle Fragen politischer Veränderungen diskutiert: Mehrparteiensystem, Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtssicherheit, allerdings ohne das entscheidende Tabu zu verletzen, d. h. ohne direkte Angriffe gegen die Parteiherrschaft (vgl. etwa die entsprechenden Beiträge in dem Zeitschriftenüberblick *Zhengzhixue* (Politikwissenschaft), Jahrgänge 1997 und 1998. Auch die breite Diskussion über Dorf- und Gemeindewahlen gehört in den Kontext des genannten Diskurses.

Peng hat den politischen und Demokratisierungsdiskurs in China in vier Stränge unterteilt:

- einen radikalen, der in der Forderung nach radikaler Demokratisierung besteht;
- einen konservativen, der seine Hoffnungen auf Veränderungen durch die Partei setzt;
- einen traditionalistischen, der Demokratisierung auf Grundlage traditionaler politischer Kultur erhofft und
- einen populistischen, der seine Hoffnungen auf das Wirken verschiedener sozialer Gruppen (wie "Mittelschichten") projiziert.⁶⁹

Eine solche Diskursdifferenzierung läßt sich in ähnlicher Form für Vietnam feststellen. Dort findet der Diskurs seinen Niederschlag allerdings weniger in Büchern oder öffentlich zugänglichen Zeitschriften, sondern eher auf der Politikebene. Daher müßte hier stärker auf *policy papers* und Interviews zurückgegriffen werden. Papiere vietnamesischer Wissenschaftler auf von internationalen Organisationen durchgeführten Fachtagungen sind in dieser Hinsicht ebenfalls sehr aufschlußreich (vgl. etwa die Papiere des Regionalen Workshops *Legal Security for Citizens, Enterprises and Organizations on the Local Level* in Hanoi im November 1998, die Projektstudien im Rahmen des UNDP Programms oder diejenigen deutscher (parteinaher) Stiftungen (K. Adenauer-, F. Ebert-Stiftung) zur Reform der lokalen Regierungen bzw. zu Dorfwahlen).

In Japan gehört die Diskussion zu den "Dauernbrennern" und wird durch Ereignisse wie die wirtschaftliche und politische Krise in der Region immer wieder beflügelt und mit neuen Aspekten versehen. Die in hoher Frequenz und Auflage erscheinenden *shinsho* (Neuerscheinungen in kleinem Taschenbuchformat) thematisieren die großen Themen Parteiensystem, Dezentralisierung, Deregulierung, Verwaltungsreform etc. Sie werden häufig von Studierenden und der über die Tagesberichterstattung hinaus politisch interessierten Öffentlichkeit gelesen und stellen damit ein wesentliches Informationsreservoir des Diskurses dar. In den einschlägigen Wochen-, Monats- oder Vierteljahreszeitschriften wie *Chûô kôron* (Zentrale öffentliche Diskussion), *Sekai* (Welt), *Voice* (Voice) *Shokun!* (Leute!), *Ushio* (Flutwelle), *Revaiasan* (Leviathan), *Seiron* (Korrektur Diskurs) u.v.a.m. werden die Themen in kürzerer Form aufgegriffen, gerne auch als Interview mit einer Persönlichkeit aus Wissenschaft, Politik oder Gesellschaft. Seit ca. 1993 sind drei Strömungen im

⁶⁹ Peng Yali, Democracy and Chinese Political Discourses, in: Modern China, vol. 24, No. 4/1998: 417ff.

wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs erkennbar: a) Vertreter der Ansicht, dass sich Japan langsam aber sicher zu einer Zweiparteien-Demokratie entwickle; b) Vertreter der Ansicht, dass sich die so lange dominanten konservativen Kräfte durchsetzen werden und Opposition relativ schwach bleibt; c) Vertreter von politökonomischen und soziopolitischen Theorien, die keine Chance für politischen Wandel sehen, solange in ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen *ceteris paribus*-Bedingungen gelten. Im Vergleich zum Medium Fernsehen wird in den Printmedien quantitativ mehr und qualitativ mit deutlich mehr inhaltlicher Substanz diskutiert. Die wissenschaftliche Diskussion in westlichen Sprachen behandelt die genannten Themen in Publikationen meist später als die japanische, so dass noch vergleichsweise wenige Studien vorliegen. Stets up-to-date sind allerdings die international geführten Diskussionen der einschlägigen *Newsgroups* im Internet (*Dead Fukuzawa Society*, *Social Science Japan Forum* u.a.m.).

In Malaysia sorgen regierungsfreundliche Publikationen für die Verbreitung des von der Regierung erwünschten Meinungsbildes über politischen Wandel, Reformen und Demokratie bzw. *good governance*. Der Ministerpräsident selbst veröffentlicht in beachtlicher Anzahl Bücher zu seinen Visionen des zukünftigen Malaysia, sei es in konkretem Projektbezug (z.B. zum *Multimedia Super Corridor*) oder umfassend zum Thema *Bangsa Malaysia* (Nation Malaysia). In ähnlicher Funktion erscheinen Publikationen von "autorisierten" Politikern wie Anwar Ibrahim, der vor seiner Entlassung die Vision der *Asian Renaissance* verbreiten konnte (und sollte). Forschungsarbeiten zu diesen Demokratie- und Politikvorstellungen finden sich im Umfeld der "Wertedebatte" (s. dazu die Zusammenstellung von Senz 1997⁷⁰). Eine andere Ebene der Artikulation und Meinungsbildung bildet der - durchaus auch kritische - Journalismus. Nicht nur in Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch als kompakte Zusammenstellung zeitgenössischen Denkens werden Sammelbände mit Artikeln führender Journalisten in den Buchläden angeboten. Auch sie sind weitgehend als regierungskonform anzusehen, ohne dabei gleich eine Sprachrohr-Rolle zu übernehmen. Die kritische Presse in Malaysia hat demgegenüber wenig Zugang zu den Massenmedien. Sie kann sich in *Newsletters* (z.B. der auch in Deutschland erhältliche *Newsletter* der Bewegung *ALIRAN*) und eigenen Organen artikulieren, ist aber in finanzieller und distributiver Hinsicht vom Engagement ihrer Mitglieder und Sympathisanten abhängig. Die Diskussion in den konformen wie auch den kritischen Foren ist bisher nur unzulänglich unter dem Aspekt des Diskurses über Demokratie und politischen Wandel erfolgt und wäre im Rahmen des vorliegenden Teilprojektes zu leisten. Die wissenschaftliche Diskussion gestaltet sich lebhaft und auf internationaler Ebene. Im Rahmen des internationalen Kongresses der *European Association of Southeast Asian Studies* in Hamburg, 1998 (*EUROSEAS '98*) widmete sich ein Panel dem Thema *Democracy and its Alternatives in Southeast Asia*. Die dort angeregte wissenschaftliche Diskussion, in deren Zuge mehrere (projektbezogene) Publikationen geplant sind, wird in die vorliegende Projektarbeit einzubeziehen sein.

⁷⁰ Anja-Desiree Senz, Hg., *Asiatisierung Asiens?! Stellungnahmen zum Thema "asiatische Werte" und zu Demokratie- und Menschenrechtsvorstellungen in Asien*. Occasional Paper No. 6, Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien an der Universität Trier, Trier 1997.

Discourses on Political Reform and Democratization in the Light of New Processes of Regional Community-Building (English Summary)

1 Summary

Beyond the purely economic dimension of the financial and economic crisis in Asia there is also a political dimension which has generated a discourse on the political reasons for the crisis and thus the future of political structures and political systems. Albeit that the discussion may take different turns in each of the countries involved, emerging transnational processes and discussion contexts can still be discerned.

This project, which forms part of a more encompassing study entitled "Asianization of Asia?", intends to:

- trace and analyze the conceptions on the political future since the mid-nineties at three levels: 1) the political elite; 2) the intellectual elite; 3) NGOs;
- look at the influence exerted on the political reform process by political discourse;
- discern whether a second debate on "Asian values" is emerging or has emerged on the basis of democratic values;
- analyze whether the conceptions formed by political discourse tend to be "Asian", "Western" or syncretic;
- provide an exhaustive answer to the question whether political discourse is contributing to a debate reaching beyond the earlier one on "Asian values" and whether a common identity oriented towards democratic elements is formed.

This shall be analyzed in the case of two authoritarian states (China, Vietnam), a multi-ethnic, formally democratic state with strong authoritarian features (Malaysia), and a democratic state with significant parochial structures and patterns of behavior (Japan).

2 Discourse in Four Countries

In China there is a growing debate in scholarly journals on the questions of democratization, participation and the future political structures. Although these debates have been going on since the eighties, they acquired a new quality in light of the "Asian crisis". Both the crisis in Indonesia as well as recent democratization tendencies in South Korea, Taiwan and Thailand have contributed to this debate. The toppling of Suharto in particular, attributed to the inability of the regime to carry out systemic reform and its involvement in nepotism and corruption, have led to extensive reflection on these events within Chinese government circles. From the Asian crisis as much as the phenomenon of corruption, increasingly viewed as innate to the political system and, according to polls, regarded as the major reason for social discontent, the Party has concluded that rational and efficient economic development flanked by political reforms requires legal security and institutionalization. Events substantiating this claim regarding increased government reflection include a liberalization of the debate on political reforms as well as studies commissioned to Chinese think tanks to work out alternative political concepts models and democratic models. Dong Fureng, one of the leading reform

economists, wrote in late '98 that "democracy is a necessary requirement for market economy" and explicitly demanded a "political democratization". Wang Guixiu, a professor at the Central Party School, holds that the "essential solution" lies in a "reform of the political system", and renown reform economist Wu Jinglian holds that crony capitalism (*qundai zibenzhuyi*) constitutes the main danger for China's current development, thus requiring urgent political measures. His colleague Cao Siyuan has called for greater personal freedom, freedom of the press and the creation of a constitutional court which, placed under the supervision of National People's Congress (parliament), is held to take action against any violation of the constitution, including any such acts by the CCP. The CCP in '88 instituted local elections at the village level which could provide a model for elections at the next higher administrative level (communities and districts). At the same time, this experiment at the lowest level may indeed prove to display catalytic effects for similar reforms at the next higher administrative level (communities and districts) and could lead to a conscious strengthening of popular political participation as well as an empowerment of state structures vis-à-vis the Party. Moreover, authentic "Chinese" elements are discussed within this context of consultative inclusion of different social groups into local, regional and national decision making processes in order to attain the broadest possible consensus. Thus, elections are regarded as a secondary phenomenon which follows its own laws of development in a manner reminiscent of a social process. Concepts oscillating between state dominated power controlled by the CCP and the creation of a multi-political society are stated with great clarity in relevant publications. Yet although even Maoist principles are discussed by now, this does not mean a departure from basic political dogmas such as the *Four Basic Principles*. Even the national parliament (*National People's Congress*, NPC) defines itself increasingly as an advocate of social interests, a process originating in its preliminary discussion at the level of political discourse. By now, the NPC is debating a constitutional amendment regarding citizens' rights to sue the state in order to contravene breaches of law at the local level. Thus, with respect to political discourse in the PRC, the discussion on good government has given way to a debate on new political mechanisms and the best balance within the Party-State-Populace triangle (governance).

In Vietnam, pressure is mounting to reform the rigid political system impeding the VCP's own championed course of economic renovation. A "democratic push" was promised as a result of peasant unrest in Thái Bình in 1997 targeting local graft and corruption. For the first time, local functionaries and party cadres were chastized instead of "external forces" leading to the mass demonstrations in this province considered to be of a particularly rich "revolutionary" heritage. Within the course of discussion on the origins of the revolt, prominent war veterans such as Gen. Tran Do demanded more democracy, free elections and an independent press, and renown mathematician Phan Dinh Dieu called on the VCP to relinquish its power monopoly. Despite certain restrictive measures (e.g. placing dissidents under house arrest), the VCP moves reluctantly against prominent party members for fear of international repercussions. As a former advisor to the Vietnamese prime minister declared, the process of economic renovation will get stuck halfway through without democratic reforms. These were defined as a network of duties and obligations regulating the relations between the state and its citizens giving the VCP a mediator role. The toppling of the Suharto régime finally rang some alarm bells in Hanoi that unless serious political changes are instituted, the country will get stuck halfway through the economic reform process. Vietnam is currently undergoing a phase of transition, with older Party members from the War of Independence about to retire and younger, better trained and educated members less prone to ideological indoctrination about to take over.

The Japanese discussion on political reform has been an ongoing debate for many years involving protagonists from various fields such as politics, industry, commerce, NGOs, the

intellectual elite etc. Two issues, constitutional and administrative reform, have distinguished themselves in this debate by remarkable continuity whereas the talk of the town these days, financial reform, emerged relatively late, i.e. after the bursting of the prosperity bubble in the early nineties. Prime Minister Ryūtarō Hashimoto announced a comprehensive reform program in 1996, covering the administrative system, fiscal structure, social security system, economic system, financial markets, and education. The financial economic reform plan, called the *big bang*, led to an influx of numerous foreign firms merging or collaborating in one way or other with Japanese firms, i.e. foreign investment began to flow into Japan.

If it is true that some form of crony capitalism also constitutes a characteristic feature of the Japanese economy, then this would most likely apply to the much debated “iron triangle” (politics, big business, bureaucracy). Political reforms are generally viewed as administrative ones in order to curb the power of ministerial bureaucracy. Japan’s strong state gained its strength primarily because of bureaucratic power and skill. Demands for change in the party financing system, though uttered in relation to the other reforms mentioned, were not quite as prominent an issue. For the economy though, deregulation became a topic of central interest. With financial reform emerging after the explosion of the bubble economy in 1991, the Asian crisis did not unleash but rather accelerate the debate on the iron triangle and the connection between government and financial economic elite. The systemic feature of *amakudari* (“descend from heaven”) in particular caused much of the non-transparency of financial policymaking.⁷¹ It became obvious once again that such structural diseases have to be cured if the will to reform the system is meant serious. The Asian crisis exacerbated the reluctance to compensate for economic mismanagement by channeling tax money into holes torn open by irresponsible investment policies. The Liberal Democratic Party’s (LDP) losses in the early nineties and the successive attempt to initiate a realignment of the country’s political parties is expected to show a proof of Japan’s “democratibility”.

In the 1990s, the Japanese populace has increasingly created new channels of participation manifested in a growing number of environmental and security plebiscites and motions as well as NGO activities, always flourishing in times of natural disasters such as earthquakes. As the successful demand for an amendment of the law concerning non-profit organizations (NPO law) demonstrates, there is a growing tendency among the population not to give way to legal encroachments regarding its democratic rights, testifying to an increased awareness of how to make use of these rights. The non-transparency of political processes, proclivity to corruption, crony and confidante capitalism, all received their share of criticism in the aftermath of the Asian crisis. Hence, certain facets of the crisis triggering a positive impetus for the discourse on reform also contributed to an awareness among both the populace and the elite regarding structural reforms. The domino-like bankrupts of the country’s banks and other financial institutions point out – in particular when related to the Asian crisis – to a problem that has to be solved on the national level in order to have an impact on the resolution of regional problems. In Japan, major banks have been temporarily nationalized.⁷² In support of the region’s recovery, Japan launched a financial aid program in October 1998 (the *Joint Recovery Initiative*), offering 30 million US\$ to tackle the crisis and at the same time emphasize its leading political role in East and Southeast Asia. Now that the crisis is regarded as overcome,

⁷¹ Ministerial bureaucrats who do not get any further in climbing up the ladder to the highest position in a ministry, administrative vice minister, leave their government positions for new corporate positions in companies which are regulated by the very ministry these individuals moved from. *Amakudari* is an important structural and systemic feature to preserve the close relationship between the administrative arm of the government and large corporations. Incoming officials are most welcome in corporations as „links“ to the ministry and interpreters of the rules and regulations given out by the ministries.

⁷² See e.g. International Herald Tribune, Sep. 6, 1998: 14 (“Tokyo Takes Hard Look at Bank Nationalization”).

Japan sits together with the member states of ASEAN and puts remarkable efforts into the creation of what can well be called an Asian Monetary Fund. The idea of an AWF is not new though: it was brought to the fore in 1997 already, but failed because the USA disliked it and put pressure on the countries involved.⁷³

We thus witness the convergence of two levels hitherto separated as ‘national’ and ‘international’, fusing the entire discussion on the Asian crisis into a transnational dimension. At the same time, the increased level of democratic awareness among the Japanese populace has become a stock element of national politics reflected, inter alia, in election results testifying to a greater willingness to resort to rights empowering the citizens to utilize democratic channels open to them. Given that the LDP had since 1993 continuously oscillated between being perceived as a party of confidence and one of distrust, critic Katô Shûichi opines that it would be more wise to speak of a ‘distrust in the LDP’ than a ‘distrust in politics’.⁷⁴ Nonetheless, the LDP still holds the majority in the lower house and is therefore entitled to form the administration. The constant formation of new coalitions among both the administration and the opposition bore on the public political discourse that the expectation of a realignment of the country’s political parties was interpreted as an indication of Japan’s “democratibility”. Said realignment is expected to lead to the formation of a two-party system. However, structural reforms regarding political leadership and power constellations would be required to attain such a ‘Western’ type democracy. Even Japanese political scientists have repeatedly voiced qualifications whether such a system could actually gain a foothold in Japan, since not only are structural reform impediments such as *amakudari* considered true die-hards, but genuine ‘Japanese’ mechanisms and forms of procedure, which have developed and consolidated within the democratic institutions if not petrified them, have been adding notes of their own to the political system’s score and thus partially reversed the premises of the discourse on system reform.⁷⁵

The Japanese version of parliamentary and ministerial reform, whose aim it is to tie politicians (and not bureaucrats) into the parliamentary discourse, was begun in 1999. Both ministers and state secretaries have to answer parliament now should the latter require detailed specifications of any given circumstances, a duty formerly performed by departmental officials. A forum for leading politicians of all parties’ factions to discuss political problems was instituted in January 1999, the *kokka kihon seisaku iinkai*⁷⁶, and the Law on Reduction of ministries and national agencies (from 22 to 12), itself the result of an onerous process, was passed in July of the same year. Speaking to international audiences, Prime Minister Keizô Obuchi (July 1998 to April 2000) used to indulge in referring to the “Japan’s Third Way” as a means to come to terms with the economic effects of the Asian crisis. What is meant by this is “Third Way” is a combination of Japanese and Western elements with regard to corporate management: social responsibility and cost-reducing measures.⁷⁷ Preserving the strengths of Japanese management styles while integrating new Western forms of doing business strikes a tone reminiscent of the early phase of modernization in the middle of the nineteenth century, namely of the slogan *wakon yôsai* (Japanese spirit and Western technology).

⁷³ Far Eastern Economic Review, Dec. 9, 1999: 23-25; May 18, 2000: 14 and 54.

⁷⁴ *Asahi Shimbun, Dahlemer Ausgabe* (ASD), No. 148/149, 15.08.98: 3.

⁷⁵ Muramatsu Michio e.g. brought the term *patterned pluralism* to the fore to signify a special feature of Japanese democracy and pluralism. See *Patterned Pluralism under Challenge: The Policies of the 1980s*; in: Allinson, Gary D./Yasunori Sone, eds., *Political Dynamics in Contemporary Japan*, Ithaca, N.Y. 1993: 50-71.

⁷⁶ *Asahi Shimbun, Dahlemer Ausgabe* (ASD), No. 179 (Nov. 1999): 4.

⁷⁷ See the interview with Obuchi in *Far Eastern Economic Review*, Dec. 2, 1999: 12.

Unlike in Japan, the Asian crisis instigated much stronger impulses for a new political discourse on reform in Malaysia, where despite the rigorously applied Internal Security Act,⁷⁸ political activities are discussed, coordinated and administered at the grassroots level. The arrest of former Deputy Prime Minister and Finance Minister Anwar Ibrahim in September 1998, reported with a pro-Anwar bias by regional media who also prophesized that Premier Dr. Mahathir would suffer a fate similar to that of Indonesia's Suharto,⁷⁹ led to the biggest participation in public demonstrations since the 1969 racial unrest. At the same time, the maintenance of the current one-party system, traditionally linked to the integration and leadership qualities of a single personality, appears largely dependent upon the internal cohesion of the ruling United Malays' National Organisation (UMNO).

The dominant issues of the reform debate are corruption, cronyism and the lack of legal security. However, a quintessential dimension of the social and political discourse in Malaysia which is frequently neglected in the West as being a political expression, is the engagement of Islamic groups and movements. While the Islamic Party PAS is the most prominent of an Islamic-oriented political body, other movements appear more spiritually inclined and exert only secondary influence on policymaking. But every form of political engagement has to be kept within certain limits. If it is deemed necessary, an Islamic organization with influence on the grassroots level may be forced to dissolve by the government. It so happened that the Islamic *Al-Arqam* movement was banned in 1994 because it was about to turn into a political challenge for the ruling party.⁸⁰ In contrast to this episode, the political co-optation of the Islamic youth movement ABIM by winning the agreement of its leader Anwar Ibrahim to join the UMNO in 1982 prevented a dissolution and was indeed a success for UMNO.⁸¹ Since Islamic NGOs co-determinate political values at the grassroots level, they are prone to being exposed to the watchful eyes of the government; their *dakwah* activities (Islamic missionary) are encouraged only as long as they do not challenge the government's legitimacy.

Political NGOs such as *Aliran*, *Dong Jiad Zhong*, *Suaram* or *Sisters in Islam*, while permitted to organize themselves and actively defend their interests, have to accept the fact of state supervision. While the organization of groups and discussion of relevant topics is not subject to restrictions as long as they are registered, their limited social impact could formerly be traced to media inaccessibility and the resulting restrained dissemination of their concerns rarely reaching beyond an inner circle of activists. This, in turn, led to a situation where Western views on and understanding of concepts regarding democracy, political participation and pluralism were not easily mediated, since, as opposed to Islamic mass organizations, these NGOs until recently could not resort to powerful networks at the grassroots level. With the inception of 'Reformasi' as a trans-ethnic social movement however, born from ire and indignation in the aftermath of Anwar's arrest, the diffusion of such ideas has become markedly easier. Using the internet as a medium of communication adds to the quick dissemination of critical information and raises public political consciousness. Since Prime Minister Dr. Mahathir sticks to the policy of not censoring the internet, independent as well as oppositional

⁷⁸ The Internal Security Act (ISA) allows detention without trial for a more or less unlimited period of time. It aims at persons who endanger the national security of Malaysia. Enforced in 1960, the ISA among other Acts like the Societies Act, the Sedition Act, or the Police Act, serve to deter and prevent the mobilization of strong oppositional movements (Südostasien Informationsstelle, ed., 1993. Malaysia. Ein Reader. Bochum: Südostasien Informationsstelle, 55-79 [= Südostasien Länderreihe, 1]).

⁷⁹ The Straits Times, Sep. 23, 1998 („Asian Papers Condemn Detention“).

⁸⁰ Al-Arqam or Darul Arqam was founded in 1968 by Ashaari Muhammad and presented its objective to build up an Islamic state. The movement was economically independent and gained considerable appreciation on the grassroots level. It may thus be assumed that it still exists as an organization, though nearly invisible.

⁸¹ ABIM = Angkatan Belia Islam Malaysia, the biggest Islamic youth organization of the country. For a self-portrait and organizational structure see <http://www.jaring.my/abim>.

magazines have set out to test the promise of noninterference with considerable success.⁸² The demand for political change has led to forms of cooperation between NGOs and (opposition) political parties, so that opportunities for articulating political claims have multiplied. One concept which has acquired pivotal significance in this context is Anwar's model of a Malaysian civil society which attempts to synthesize modern, progressive and democratic tendencies while preserving a both Islamic as well as 'Asian' character. In the Malaysian variant of Asian values, Islamic orientation occupies a special place regarded as a moral guide for the public *and* the political élite.

The arrest of Anwar Ibrahim, interpreted by 'Reformasi' followers as a preemptive strike by Mahathir to prevent a Suharto-style crisis of succession, has turned into a major challenge for the Malaysian government. What can be discerned already at this point is that the 'post-Mahathir-era' will become a crucial test for the country's national integrity and political stability. The ethnic balance between Malays, Chinese and Indians appears endangered by the division of the Malays, the result of the emergence of 'Reformasi' and increased support for the Islamic party (PAS) which constitutes a counter-current, as it were, to the knowledge and technology oriented policy of the government. Apart from that, the economic vigor of Malaysia's Chinese is coming to bear in the wake of increased regional cooperation facilitating the creation of Chinese networks. This is most evident in domestic politics. A Malay-dominated government, having lost a considerable part of its traditional electorate to the PAS, requires the more support from Chinese voters for the realization of its ambitious economic goals. Was it possible to deal with political instability by means of authoritarian national policies in the past, it will be necessary to look for different external conditions in the future, conditions having an impact on the structure of opportunities for political change, no matter in which direction – more democracy, more Islam, more information technology etc.

What is presently missing is a model for national reform and integration policy under the conditions of economic crisis, transnational intertwining and intra-ethnic division. Developments in other states inside the region, e.g. Indonesia, are conceivably inappropriate models to emulate – as are developments in Eastern Europe or Africa. Paradoxically, Malaysia with its own variant of 'affirmative action' and 'New Economic Policy' (NEP) is considered itself a model for other Third World countries, albeit that Mahathir's intention to continue setting standards by means of his concept of a knowledge economy ('k-economy') is increasingly subjected to scrutiny within his own country. Allowance needs to be made for both the domestic demands for more democracy as well as stronger considerations of religious and moral elements if the plan to turn Malaysia into a fully developed nation by the year 2020 (*Vision 2020*) and to unite all ethnic groups under the banner of a 'progressive k-economy' is to succeed. The visionary image of a knowledge-driven society as a symbol of national identification has so far only partially enthused the addressed population.

3 Background of the Research Design

The Asian crisis was initially seen as a mere economic crisis with negative effects on the world economy. The Western development, economic and political model appeared to have prevailed once again (after the end of the Cold War): the second "end of history"?

The Western debate on the "Asian crisis" initially overlooked the political dimension of the crisis, the political push effect. At the time, it was said that the "Asian model" had failed while

⁸² The most prominent examples of such online magazines are the independent newspaper *Malaysiakini* and the opposition newspaper *Harakah*, which is published by the Islamic Party PAS formally for its members, but widely read by non-members.

few words were lost on the chances for the creation of a new "model". Political change in Indonesia (fall of the Suharto régime) and Thailand (passing of a new, democratic constitution) as well as the regional discussion on the political reasons of the Asian crisis (corruption, lack of democratic control and transparency) all provoked or at least facilitated another effect: a debate on the political reasons of the crisis and thus on the future of political structures and systems in East and Southeast Asia. While this may be most apparent in the case of the fall of Suharto, it nonetheless also applies to all other countries within the region.

This discourse is not oriented towards "Asian values" anymore, as it was before the crisis. Forms of argumentation and the structure of debate have changed with the crisis. New lines of discourse have emerged, taking as reference points both democratization oriented along "Western" standards and democratization as a result of grass-root democratic elements (communal forms of participation). Although the proponents of democratic universality (within NGOs, partly among intellectuals and even among the elite in authoritarian states) are perceived as dominant in the Western reception of the crisis, this level of discourse has not severed the line of debate on indigenous forms of democracy but, we believe, temporarily relegated it to the second rank.

4 Regional Similarities and Transnational Processes in the Discourse on Democratization

These examples may suffice, even though the "Asian crisis" also influenced the debate on a new constitution in Thailand, contributed to a change in the symbiotic state/economy relationship in South Korea, and played a role in the redefinition of the local councils in Hong Kong. While the voices regarding the future of regional political systems to lie in democratic expansion continue to grow, there exist within this part of the discussion several gradations of color, as it were, with some tilting towards an appropriation of Western institutions, and others espousing a synthesis of Western and indigenous patterns. The latter would further embrace the view that there are within the political ideas, structures and traditions of Asia factors which can be regarded as favorably inclined towards democratic elements. Among these proponents, we should again distinguish between those who employ these arguments to lash out against Western ideas of democracy and Westtoxication in order to justify authoritarian structures, and those who, with reference to democratic traditions, argue against "traditional" structures of authority as championed by authoritarian elites, apparently not allowing for democratic conditions. While the proponents of "Western" democracy appear to form a minority, as do the proponents of democracy entirely based on indigenous elements, the number of those thinking about a synthesis is on the rise. Both the discussion about the further democratization of Japan and the uses of "Japanese" methods and mechanisms (such as "regulated pluralism", intra-party factionalism etc.), as well as about democratization "from below", i.e. village elections or a liberalization of the media under the control of a powerful social institution (like the Communist Party in Vietnam or China), appear as part of this debate.

Although the discussion develops differently in each of the countries involved, there are similarities of transnational character which we would like to summarize as follows:

- a growing awareness in all four countries (though in different degree) that as a result of the "Asian crisis", a change in political structures appears necessary;
- a debate which attempts to combine "Western" or rather universal democratic institutions with indigenous structures and values;

- a growing self-assurance with regard to autochthonous democratic traditions, in the course of which the proponents of this argument do not regard "democracy" as an European invention but as a reorientation towards local democratic traditions;
- an increasing hope of opportunities to find alliance partners within the political elite who support the struggle for reform and are able to open up new channels for the flow of political and societal interest articulation.

We are thus dealing with parallel developments displaying transnational tendencies spurned by supranational discussion forums, the cooperation of NGOs, scholarly conferences and internet newsgroups. The fact that none of these are prone to signify Asianization per se notwithstanding, the Asian crisis partly contributed to a reassessment of common "democratic" values and institutions and has demonstrated the need for political change in the entire region. While authoritarian structures were long regarded as a favorable condition if not prerequisite for economic development among the elites within the region, democratic conditions are now viewed as a guarantee for better crisis management and good governance even though they may require specific qualifications. Due to the divergent political, economic and socio-cultural conditions within the countries analyzed in this study, we do not assume any linear democratic development but expect a kind of development as reflected in the political discourses mentioned above, i.e. with all its backlashes and contradictions.

The discursive link between political perspectives inside the region and the Asian crisis was generated by the bond between political corruption, nepotism, patronage, relationship networks and a lack in "checks and balances", i.e. democratic control. This discussion, which began before the crisis and was mostly confined to NGOs, intellectuals and opposition groups, centered upon issues of "Asian" models of democracy and participation and was reduced to a debate on Asian values in the West, largely viewed as legitimizing authoritarian structures. The actual discussion within the region however, took a decidedly different turn, with interpretations of traditional values in favour of a legitimization of authoritative structures confronting interpretations in favour of democratic traditions. In the international arena, this debate was highlighted by the contributions of Kim Dae Jung and Lee Kuan Yew in the magazine "Foreign Affairs" in 1994.

The debate on Asian forms of democracy is not a new one: Sun Yat-Sen developed his own concept of democracy, the Japanese "juyû minken" (freedom and people's rights) movement provided the forum for an elite political discourse subsequently and deliberately popularized; other examples of Asian variants of Western concepts (e.g. Chinese, Vietnamese, Korean socialism) as well as local yet divergent forms (Singaporean confucianism) and syncretic indigenous conceptions (Indonesian Pancasila, Malayan Rukunegara, Bruneian Melayu Islam Beraja) all paid tribute to local traditions and values while providing for nationally integrative elements and securing the existing social and political order. This applies to the solidarity between ethnic groups as well as to an egalitarian economic development assuring the minimal basic standards of living for everyone, the consensus principle in political discourse, the securing of the popular welfare by the state, the exclusion of parallel power structures, the identification of the state with the nation through the representation of the latter by the former, and the integrative function of the military on a national scale.

5 Research Objectives

The research objectives in the field of comparative politics aim at, on one hand, analyzing and categorizing the recent debate on democracy, participation and conceptions regarding the political future, and on the other hand at examining the differences and similarities of this

debate in its respective contexts - something which until now has received insufficient scholarly coverage in the West. As an expression of increased self-assertiveness, the "synthesis debate" is of particular interest. As opposed to approaches aiming at empirical evaluations of democracy through quantitative computations (see, inter alia, Jagers/Gurr Freedom House; Vanhanen; Arat; Bollen; Hadenius; Coppedge/Reinicke) based on an explicit democracy/non-democracy dichotomy, this project intends to reflect the procedural character of political discourse and political exercise within the framework of its stated research objectives.

The following questions shall be examined and analyzed:

1. Which conceptions regarding the political future are discussed since 1990? How has the Asian crisis affected the character of the debate and which levels of discussion and changes in perspectives can be discerned? We are particularly interested in: a) ideas for a future political system such as concepts of democracy, ideas concerning the political order, forms of participation; b) How are events leading to the crisis viewed? Where and when do we see a recognition of faults, and where is the status quo of political-systemic and structural relations defended? c) Which reform concepts are introduced and discussed? Which ideas, principles, values and traditions do political actors rely on? c) Are there any attempts at long-term democratization, and if so, which forms of democracy are regarded as emulative?
2. This shall be analyzed at three levels: a) the political elite (both governing and non-governing); b) NGOs, with a distinction between external and internal spheres of influence, i.e. foreign and domestic impulses; and c) the intellectual elite.
3. Is there any link between the level of political discourse and the change in political structures (such as the emphasis on village and communal elections in China and Vietnam)? Can we expect a form of "intellectual mobilization" (Bendix)?
4. Are there any signs of an emergence of a second Asian values debate on the basis of democracy-oriented values? Does this lead to an application of Western democratic concepts or are there any efforts to draw a boundary between those concepts and syncretic indigenous conceptions?
5. Are these "Asian" concepts truly Asian in the sense that there are democracy-inducing concepts and factors drawing on a reservoir of indigenous elements which can be viewed as local thought products deviating from Western ideas? Within this context, we understand "indigenous concepts" to mean ideas on political change born within the respective cultural realm which need not necessarily be compatible with Western ideas. We do not subscribe to a homogenous notion of culture in this context, but rather to different cultural traditions that may produce competing concepts and contending theories.
6. Does the discourse on democratization and participation contribute to a discourse beyond the earlier debate on values within the region, and is it possible to, on the basis of the mentioned synthesis debate, ascertain new signs of a common regional identity more decidedly marked by elements of democracy?

The future course of the Asian crisis notwithstanding, we believe that the discourse on the political future in East and Southeast Asia is an expression of growing democratic self-consciousness and self-assertiveness among the political and intellectual elite. This research project goes beyond the discourses on currently practiced forms of political exercise, since it is an inquiry into the historical place of the respective discourses which looks for specific future-

oriented elements within them while at the same time attempting to extract constituent transnational elements.

(Translated by Patrick Raszelenberg)